

# Essay für den freien und verantwortlichen Bürger

## Einleitung

Vier Hauptprobleme werden von Presse, Politik und in der öffentlichen Diskussion genannt: 1. Das Demokratiedefizit, 2. Die Arbeitslosigkeit, 3. Die ökologischen Grenzen des Wachstums, 4. Der Verlust der Wertbindung der Individuen und ihre Distanz zur Gemeinschaft.

Die Lösung der vier Hauptprobleme setzt Solidarität voraus.

Solidarität ist eine Anforderung, die sich nicht delegieren läßt.

Die Gesellschaft braucht selbstbewußte und selbstverantwortliche Bürger, eine Struktur, die deren Mitarbeit ermöglicht sowie die Erinnerung an Grundwerte.

Die Presse schimpft über das Schweigen der Intellektuellen und Schriftsteller; sie ruft zur Einmischung auf, verlangt nach Identifikationsmöglichkeiten, Orientierungshilfen und Utopien. Presse und Parteien klagen über Politikverdrossenheit der Bürger. Bürger wiederum halten, nach einer Umfrage von *Le Monde* Politiker für unfähig, den Bürgern zuzuhören und zu berücksichtigen, was sie denken.

Als Bürger will ich Denkansätze unterbreiten, deren Ziel die Weiterentwicklung, Stärkung und der Schutz unserer Demokratie, unserer Freiheiten, unseres sozialen Verhaltens ist.

Dieses Essay richtet sich nicht in erster Linie an Politiker, Parteien und Wirtschaftsfunktionäre, die die Macht im Staate ausüben, in der Hoffnung, daß sie diese Vorschläge für mich und uns umsetzen. Dies ist die Form von Demokratie, die wir zur Zeit haben; und diese Vertretungsdemokratie ist es, die immer schlechter funktioniert, je mehr die Bürger ihre Aufgaben, und damit auch ihre Verantwortung und Verantwortlichkeiten an ihre Vertreter abtreten, sich selbst immer mehr aus der Öffentlichkeit in die Privatheit zurückziehen und in einen Zustand der Passivität bis hin zur Resignation versinken. Die Vorschläge zu einer demokratischen, freien, sozialen und menschenwürdigen Gesellschaft richten sich deshalb vielmehr an meine Mitbürger.

Viele Bürger klagen über Orientierungslosigkeit und fordern Ziele, Ideale und Antworten auf Probleme unserer Gesellschaft. Ich möchte einige Grundprobleme nennen und mögliche Ziele und Ideale aufzeigen.

Dieses Essay will aber keine alternative Weltanschauung beschreiben, die für alle gültig werden soll. Es soll nicht mehr sein, als die geforderte Orientierung, und es möchte einen Anstoß geben, damit in Familien,

Freundeskreisen, und auf öffentlichen Foren Probleme unserer Gesellschaft sachlich geklärt, Meinungen zusammengetragen werden, über mögliche Lösungen gestritten wird, damit man sich schließlich auf einige Grundwerte einigt, die konkretes Handeln ausrichtet.

Dies sollte keine einmalige Aktion sein. Vielmehr sollten in regelmäßigen Abständen Aussprachen, Streite und Konsensbildung zwischen Experten und Laien von der lokalen bis zur europaweiten und globalen Ebene über aktuelle und permanente Probleme, über die uns die Presse informiert und informieren soll, geübt werden.

Die hier unterbreiteten Vorschläge sind nicht aus dem luftleeren Raum gegriffen, sondern tragen Elemente aus verschiedenen Quellen zusammen. Diese Quellen sind unter anderem: unserer Grundgesetz, die christliche Morallehre, der Syndikalismus, der Kommunitarismus, die Lokale Agenda 21.

Sie werden diese Elemente aber ebenso in unendlich vielen anderen philosophischen, wissenschaftlichen und literarischen Schriftstücken, Gesetzeswerken und mündlichen Überlieferungen wiederfinden.

Die Auswahl der Elemente erfolgte nach dem Rezept: Man nehme von allem das Beste. Gefunden wurden diese 'guten' Elemente nach dem Motto: aus der Geschichte lernen, aus unserer Tradition nehmen und Neues hinzufügen.

Das Beste, oder besser: das Gute wird von mir angesehen als das, was sich bewährt hat, das, was immer dann nicht vorhanden oder abgeschafft wurde, wenn Herrschaft ausgeübt wurde oder jemand sich auf Kosten eines anderen Vorteile verschaffte.

Anstatt eine neue, alternative Weltanschauung zu präsentieren, erinnere ich nur an das, was in der europäischen Geschichte bereits einmal verwirklicht war sowie an unser eigenes Grundgesetz, das wiederum auf eine Tradition zurückgeht und auf die Lehren unserer Geschichte. Ich meine, daß unsere Verfassung ausreicht, eine wirkliche Demokratie und menschenwürdige, soziale Gesellschaft zu schaffen, und um uns ein Maß an die Hand zu geben, mit dem wir unser soziales Handeln messen können, und um eine Richtung für unser zukünftiges politisches und privates Handeln zu geben.

Nur müssen sie ständig und jedem präsent sein und das Handeln jedes einzelnen privat, aber vor allem im Beruf leiten. An unsere Grundwerte zu erinnern scheint notwendig zu sein, wenn die eigene Erfahrung und die Reflexion über sich selbst zeigt, daß sie in Vergessenheit geraten sind, und daß die eigene Erziehung nur noch darauf ausgerichtet war, Kapital und Karriere zu erlangen und im Konkurrenzkampf zu bestehen.

Wenn ich meine Pläne und mein Handeln daraufhin überprüfe, ob es letztendlich jemandem oder meiner Umwelt schadet, fällt es mir relativ

leicht, guten Gewissens zu entscheiden. Was ich dafür brauche ist Zeit; die Zeit, über die wirklichen Ursachen meiner Meinung und meines Handelns sowie über die Folgen nachzudenken. Außer Zeit benötige ich Ehrlichkeit mir selbst gegenüber.

Voraussetzung ist ein "selbstbewußter" Mensch im wahren Sinne des Wortes. Einer, der sich und sein Handeln reflektiert, es wagt, über sich und seine Fehler nachzudenken und die Anstrengung nicht scheut, sein Weltbild zu korrigieren oder in der Diskussion zu sagen: "Du hast Recht." Ein Mensch, der die Fehler nicht nur bei den anderen, sondern auch bei sich selbst sucht, und vor allem einer, der sein Handeln nicht mit seiner Funktion und Sachzwängen entschuldigt bzw. die Verantwortung für sein Handeln auf einen gewählten Stellvertreter oder einen Vorgesetzten abschiebt. Also ein selbstbewußter, entscheidungsfreudiger und eigenverantwortlich handelnder Mensch.

Man sollte denken, ein solcher Mensch sei nicht schwer zu finden, ist dies doch die Forderung, die in den meisten Stellenanzeigen zu finden ist, die Führungspersonal suchen. Jeder sollte die Schlüsselqualifikation unserer Führungselite besitzen und sie zu seinen eigenen und zu sozialen Zwecken einsetzen. Daß sich beides keineswegs widerspricht, wird das Folgende zeigen.

### **Solidarischer Mensch und solidarische Gemeinschaft**

Die meisten anstehenden Probleme, ob ökologische Krise, Arbeitslosigkeit oder Werteverfall lassen sich zurückführen auf das Individuum (und die Hierarchie, Bürokratie, den Zentralismus, die es bildet.)

Sie lassen sich nur lösen durch Solidarität und Wertebewußtsein, also durch das Individuum *und* die Gemeinschaft.

Was ist nun zuerst da: Die soziale Gesellschaft oder der solidarische Mensch?

Beides zugleich, lautet die Antwort. Eines bedingt das andere.

Dann, so das Gegenargument, wird man beides nie erreichen. "Du änderst sowieso nichts", hört man von jenen, die sich aus jeglichem öffentlichen Engagement zurückziehen, aber dabei vergessen, daß der Sprecher selbst Teil der Gesellschaft ist und diese mit bildet.

Diese Resignation ist so alt wie die Menschen. Von Jesus über Goethe bis Bakunin antworteten jene, die etwas bewegten, wenn auch in Relation zur globalen Menschenmasse und ihrer Geschichte wenig, auf solche Verdrossenheit mit dem *Willen*.

Bakunin warf Marx vor, diese zugegebenermaßen ebenso abstrakte Sache wie die Seele des Menschen in seiner Wirtschaftstheorie der automatisierten Prozesse völlig außer acht gelassen zu haben.

Für Bakunin war die solidarische und soziale Gesellschaft ein Ideal, dem er sich immer nur annähern konnte, indem er selbst in seinem kleinen Leben Einzelschritte realisierte mit Blick auf das Unerreichbare. Doch indem er sich dem Ideal annäherte, konnte er sich nicht grundsätzlich und in eine entgegengesetzte Richtung von ihm abwenden.

Dem Politikverdrossenen, Passiven, Resignierten sagte er: "Natürlich ist seine (hier des Anarchismus) Verwirklichung unmöglich, aber siehst Du nicht, daß alles, was heute möglich ist, nichts wert ist?"

\*

Beides ist gleichzeitig im Werden begriffen, der soziale Mensch und seine soziale Gesellschaft, wie Menschen immer dann lernen, sich auf neue Anforderungen einzustellen, wenn diese Anforderungen auf sie zukommen. Kaum ein Mensch lernt freiwillig und im Voraus, sondern um fünf vor Abgabetermin. Auch das ist menschlich. Es hat keinen Sinn, darauf zu warten, daß sich der Mensch ändert; wenn er es nicht muß, wird er es nicht tun. Auf der anderen Seite besteht keine Notwendigkeit, die Verhältnisse zu ändern, wenn kein Zwang besteht.

In einem Wandel befindet sich heute sowohl Mensch als auch Gesellschaft. Handlungsbedarf besteht nur noch in der Entscheidung und der Weichenstellung für die Richtung. Um die festzustellen, bedarf es der Information, des Gedankenaustausches, sodann der Entscheidung und des Handelns jedes einzelnen von uns. Fangen wir damit an. Learning by doing.

### **Identifikation und Gemeinschaft**

*Der Bürger muß an der Gestaltung der Gemeinschaft von der Kommune bis zur globalen Gesellschaft beteiligt sein. Ist er das nicht, wird er sich nicht mit der Gemeinschaft identifizieren und sich nicht an ihrem Schutz und ihrem Erhalt beteiligen.*

Um über Identifikationsmöglichkeiten eines Menschen zu sprechen, der sich heute mit keiner der bekannten Parteiprogramme, Religionen und Weltanschauungen identifizieren kann, will ich aus der persönlichen Erfahrung einer Beispielperson der 80er, 90er Jahre sprechen, mit der Sie sich vielleicht identifizieren können.

In einem Alter, in dem jeder Mensch nach Identifikationsmöglichkeiten sucht, prüfte die Beispielperson das Angebot von Gott, an Rock- und Filmstars, Fußballmannschaften und Parteien. Sie fand kein Programm, keine Statuten und Hausordnungen, mit denen sie sich identifizieren konnte. In keine Hierarchie mochte sie sich einordnen, vor allem wollte sie sich nicht unterordnen. Das hätte zwar den Vorteil, daß man sich geborgen fühlte, und daß man weniger Gedankenarbeit leisten müßte, weil man an eine warme Hand genommen würde. Aber in Momenten, in denen das Selbstbewußtsein besonders groß ist, will man lieber der Mann oder die Frau an der Spitze sein.

Der mittlere Weg ist in diesem Fall kein Kompromiß, sondern er bietet beides: Momente der Macht *und* Augenblicke, in denen man sich in der Gemeinschaft der Teamarbeiter geborgen fühlen kann. Hinzu kommt, was weder die Spitzenposition noch die des Untergebenen bietet: Das Gefühl der Freundschaft, der gleichberechtigten Partnerschaft, den Spaß, den es macht, Ideen auszutauschen, aus Ratlosigkeiten herauszufinden durch gemeinsame Gespräche, geteilte Freude an gefundenen Lösungen und Arbeiten gemeinsam auszuführen.

Wie kommt man auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu solch einer Teamarbeit, solch einer Gemeinschaftsarbeit?

Einmal ins Nachdenken geraten, studierte unsere junge Beispielperson wie Faust die Religion, Philosophie, aktuellen Parteiprogramme, danach die historischen. Keine paßte restlos in ihre Vorstellungen, für einige gute Elemente mußte sie viele schlechte mit in Kauf nehmen, die sympathischen Programme waren stets mit vielen "Abers" verbunden. Und vor allem: Alle hatten versagt!

Es mußte etwas geben, daß die Gelegenheit bietet, eigene Moralvorstellungen einzubauen.

Sich mit der BRD zu identifizieren, auf die Idee ist unser junger Mensch der 80er und 90er Jahre im Leben nicht gekommen. Die hatte er nicht mit aufgebaut; dort konnte er nicht mitmachen. Das war etwas, das von oben kommt und in Bonn saß und in Berlin sitzt, weit weg also. Weder in der Schule noch im Elternhaus hörte er davon, daß man sich mit einer Demokratie identifizieren kann.

### **Distanz zur Gemeinschaft**

Distanz zu anderen Menschen, fehlende Identifikation mit der Gemeinschaft rührt daher, daß man nicht an der Gemeinschaft beteiligt ist oder sich nicht beteiligen darf.

Ist der Mensch nicht am Aufbau der Gemeinschaft beteiligt und / oder an ihrer weiteren Gestaltung, Veränderung, Entwicklung, besteht für ihn kein Grund, etwas für sie zu leisten, sie mitzutragen, zu stützen und zu schützen.

Diesen Fehler, die Bürger nicht in die Gestaltung der jungen Republiken einzubeziehen, begangen die Parteien und Parlamente der französischen Republik der Jahrhundertwende wie auch der Weimarer Republik.

Ein großer Teil der französischen Bürger war das Gerangel der Parteien leid, die vielen Koalitionen, die zu nichts anderem führten, als daß die Ideologien und Programme der Parteien verschwammen.

Die Parteimitglieder an der Basis und die Bürger fanden, die Politiker spielten nur ein Spiel, das hieß Parlamentarismus; sie spielten das Spiel, um sich die Pöstchen zu sichern und ihre Portemonnaies zu füllen.

Vor dem Hintergrund der ökonomischen Konzentration und der Verschränkung von Staat und Wirtschaft formierte sich ein Drittel der organisierten Bürger zur Opposition. So entstand der Syndikalismus.

Er wird hier erwähnt, weil die historische Analogie bei der Analyse der aktuellen Parteien- und Politikverdrossenheit hilfreich ist, und die damaligen Lösungsansätze sich in heutigen Bürgerinitiativen wie auch in der Lokalen Agenda 21 wiederfinden. Die Analogie ist bei weitem nicht vollständig.

Bestechend am Syndikalismus ist seine historische Gültigkeit für viele Länder Europas, insbesondere Frankreich, Deutschland und Spanien.

Bestechend ist auch die Aktualität seiner Entstehungsmotivation.

Ich beschränke mich hier auf die notwendigsten Hinweise, um den Bezug zur gegenwärtigen Situation nicht zu verlieren.

Der Syndikalismus entstand in Frankreich und hatte seine Blütezeit um die Jahrhundertwende. Was heute, nach Kriegen, Spaltungen, Einfluß der Kommunisten, von ihm übrig blieb, sind Ideen der Autonomie der Bürger und ihrer Kommunen, Föderalismus entgegen Zentralismus, Bürokratie und Hierarchie, sowie der Name der gewerkschaftlichen Dachorganisation CGT. Das Kürzel steht für Confédération National du Travail, die 1902 in Paris gegründet wurde. Die darin enthaltenen Begriffe Föderation und Arbeit sollen auch in unserem Zusammenhang noch von zentraler Bedeutung werden.

Der Syndikalismus entstand aus einer Opposition gegen die zunehmende Verschränkung von Staat und Wirtschaft.

Die Analogie zu unserer heutigen Situation, in der die Wirtschaft zunehmend Einfluß auf die Politik ausübt, und die Demokratie zur Dienerin der Wirtschaft und ihrer Interessen verkommt, ist offensichtlich.

Die Folge dieser Machtverhältnisse bestand in einer großen Unzufriedenheit der Bürger mit dem, was das Parlament erreichte oder vielmehr nicht erreichte.

Aus Enttäuschung über das, was aus ihrer Demokratie geworden war, nämlich eine Wahlmaschine, aus Enttäuschung über diese Art von Parlamentarismus, der in der Hand der Wirtschaft lag und aus Verbitterung über ihre Parteien, die zu Bürokratien und Funktionärshierarchien verkommen waren, zog sich ein Teil der Bürger in die Passivität zurück, ein anderer reagierte auf die Politikverdrossenheit mit der Erklärung, die Bürger wollten von jetzt an ihre Belange in die eigene Hand nehmen und auf die Durchsetzung ihrer Ziele selbst dringen. Das war die Quintessenz ihrer Erfahrung, die einen Macht- und Parteiwechsel nach dem anderen gesehen hatte, ohne daß eine grundsätzliche Änderung zu ihren Gunsten eingetreten wäre. Die Bürger wollten nicht eine Partei, Macht, Herrschaft durch eine andere ersetzen, in dem Wissen, daß dies nur die Herrschaft verschärfen würde und zuletzt zu einer Diktatur führen müsse.

Eben dies war die Folge der Distanz der Bürger, der mangelnden Identifikation mit der Weimarer Republik: Zwölf Millionen Wähler der linken Parteien und Mitglieder der Gewerkschaften verhinderten Hitler nicht.

Distanz zur Gemeinschaft, mangelnde Identifikation mit der Gemeinschaft war damals und ist heute Passivität und Politikverdrossenheit.

### **Passivität und Politikverdrossenheit**

#### *Das Vertretersystem*

Bei ihrer Analyse, was denn zu Passivität und Politikverdrossenheit im Parlamentarismus und in der Parteienlandschaft der französischen Republik der Jahrhundertwende und der Weimarer Republik vor der Machtergreifung geführt hatte, stießen die Syndikalisten auf die Problematik des Vertretersystems.

Das System der gewählten Vertreter innerhalb der Gewerkschaften, der Parteien, bis hinauf ins Parlament und in den Staat, führte zu einer Hierarchie und einer Bürokratie, deren Spitze weit von der Basis entfernt war. Ihr warf man vor, sie könne nicht mehr sehen, was an der Basis gefordert, welche Gesetze und Beschlüsse notwendig wären.

Das Stellvertreterprinzip in den Parteien, der Gewerkschaft und im Parlament führt zu hierarchischen Strukturen von der passiven Basis bis zum herrschenden Zentrum, dazwischen liegt eine große Bürokratie. Das

ganze ergibt ein funktionierendes System, solange es die Bedürfnisse der Mitglieder zufriedenstellt.

Das Mitglied und der Bürger sind passiv, wo gemeinsame Partei- und Gewerkschaftsarbeit sein sollte, und wo alle Bürger an der Gestaltung der Republik einbezogen sein sollten.

Das versäumten die Parteien und das Parlament der Weimarer Republik. Deswegen stützten die Bürger die junge Republik nicht. Sie konnten sich nicht identifizieren, woran sie nicht mitgearbeitet hatten.

Das Stellvertretersystem mit ihren Funktionären, die von Mehrheiten gewählt werden, um sie zu regieren, reproduzierte das Herrschaftssystem in Parteien, Gewerkschaften, bis hinauf zum Parlament und Staat.

Macht einer Minderheit, die sich die Mehrheit zur Regierung wählt, damit sie selbst passiv bleiben kann, sich um nichts kümmern muß und sich führen lassen darf. Eine Mehrheitsmasse wählt eine kleine Führungselite. Man kann wahllos die eine durch die andere austauschen. Sie arbeiten immer nur für das Funktionieren des Prozesses, für die Bürokratie, für ihre eingene Profilierung, nicht für die Menschen.

Das Problem dieser Struktur liegt darin, daß viele Entscheidungen nicht aus sachlicher Notwendigkeit getroffen werden, sondern der Festigung der Organisation und ihrer Macht dienen sowie der eigenen Profilierung. In der Natur dieser Organisationen, egal ob sie Gewerkschaft, Partei oder Staat heißen, liegt das Interesse, die eigene Organisation zu stärken und an die Macht zu gelangen. Die Stärkung der eigenen Organisation geschieht durch Bildung einer breiten Basis, die durch ihre Wahl die Organisation an die Macht bringt. So liegt das primäre Interesse der Gewerkschaften und Parteien im Stimmenfang. Die sachlich notwendige Entscheidung muß dahinter zurückstehen und wird häufig auf einen Zeitpunkt nach der Wahl verschoben.

Den Politikern und Gewerkschaftsfunktionären ist daraus kein Vorwurf zu machen. Sie sind gezwungen, als Funktionäre zu entscheiden und zu handeln, ebenso wie manch ein Personalchef extra eingestellt worden ist, um Mitarbeiter zu entlassen. Erfüllt er seine Funktion nicht, hätte er gar nicht erst eingestellt zu werden brauchen, bzw. wird es ein anderer.

Man könnte den Funktionären allenfalls raten, ihre Funktion abzugeben oder gar nicht anzunehmen. Sie würden antworten: "Das nutzt gar nichts. Dann macht es eben ein anderer." Und das ist richtig. Ein Funktionär wird durch den anderen ersetzt. Und so ist das Argument vieler Funktionäre richtig, die sagen: "Besser ich, als ein anderer."

Führungsgruppen sind austauschbar. Wir können eine andere Partei wählen.

Wir können von den Bürgern gewählten Delegierten die Regierung übertragen. Wir können die Betriebsleitung in andere Hände geben. Wir können den von Arbeitnehmern gewählten Betriebsräten die Betriebsleitung anvertrauen - das ändert nichts.

Warum?

Kein Subjekt besitzt die Macht im Unternehmen oder im Staat. Alle dienen dem Sachzwang, dem Prozess, dem Kapital oder dem Staat. Jeder erfüllt eine Funktion zu Diensten des Unternehmens, der Organisation. Für diese Funktion wird der Präsident, der Parteipolitiker, der Angestellte, der Arbeiter ausgewählt.

Die sechs reichsten Familien wählen den amerikanischen Präsidenten danach aus, ob er dem bestehendem System treu dienen wird, ob er wie der letzte Präsident ebenso im Interesse der sechs Familien handeln wird.

Dasselbe fragt die Firma im Einstellungsgespräch des Angestellten und des Arbeiters ab. Schätzt man den Bewerber so ein, daß er seine Funktion, die im Stellenplan exakt umgrenzt ist, erfüllen wird? Wird er dem System dienen, indem er viel und gut arbeitet, um viel und gut zu verdienen, so wird er automatisch dem System dienen, selbst wenn er nur sich selbst dienen will.

Der Mensch funktioniert, deshalb funktioniert das System.

In dem funktionierenden System muß er funktionieren, sonst wird er ersetzt und fällt aus der Sicherheit des Systems heraus. Wenn ein Einzelner alleine herausfällt, stört es das System nicht. Im Gegenteil: Ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit stärkt das System des Konkurrenzkampfes durch verstärkten Konkurrenzkampf.

Sachzwänge, Prozesse beherrscht die Einzelnen, weil die Einzelnen funktionieren.

So entsteht eine funktionale Macht, ein anonymes Herrschaftssystem. Die davon profitieren, bleiben anonym, sind kaum beim Namen zu nennen. Es ändert nichts, die Macht durch eine andere Macht zu ersetzen, eine Figur durch eine andere zu ersetzen. Sie wird dieselbe Aufgabe übernehmen.

Gäbe es in den westlichen Demokratien eine ernsthafte, politisch entwickelte öffentliche Meinung, erklärte ein renommierter französischer Wirtschaftsjournalist in der *Zeit*, wäre es weniger wahrscheinlich, daß amerikanische Parlamentarier ihre Stimme an das Kapital verkauften. In einer wirklichen Demokratie wären die Bürger nämlich so weit informiert und in politische, administrative, öffentliche Arbeit involviert, daß die Funktionäre unter ständiger Kontrolle ihrer Wähler arbeiteten.

### *Die Überkomplexität*

Die Begriffe "öffentliche Meinung" und "informiert" weisen darauf hin, daß das Vertretersystem nicht allein Gründe für Passivität und Politikverdrossenheit sind. Heute mindestens ebenso bedeutend, früheren

Gesellschaften in ihrer geringeren Differenziertheit noch unbekannte Probleme, sind die Überkomplexität der Politik heute und die Überformung durch die Medien.

Die Überkomplexität entfremdet die Bürger von Politik, Verwaltung und Gesetzen.

Die Lösung der Überkomplexität wird in der heutigen politischen Diskussion immer wieder vorgeschlagen. Sie lautet:

1. Vereinfachung des Wirtschafts-, Steuer- und Rechtssystems.
2. Aufgabenerfüllung obliegt der möglichst niedrigen Ebene. Aufgaben, die die Bürger selbst in die Hand nehmen können, sollten von ihnen erledigt werden, Aufgaben, die die Kommune erledigen kann, sollen von ihr ausgeführt werden usw.

### *Die Medien*

Zur Rolle der Medien in einer verantwortlichen Gesellschaft müßte eine eigene Arbeit geschrieben werden. Dies ist hier nicht zu leisten. Es soll aber darauf hingewiesen werden, daß die Medien eine wesentliche Rolle in der Politik spielen. Besser gesagt, sie machen Politik. Oftmals fallen Entscheidungen mit der Überlegung, was die Medien daraus machen. Die Medien greifen sich aus komplexen Entscheidungen, Vorgängen und Programmen aktuelle Ereignisse heraus, die kurz und sensationell aufbereitet werden können. Die verkürzte Darstellung genügt, um Emotionen zu wecken, nicht aber um informiert zu werden geschweige denn, die Grundlage zur Mitentscheidung zu liefern. Vor allem langfristige Entwicklungen werden nicht berichtet, so dass der Bürgerschaft keine Möglichkeit gegeben wird, einzugreifen.

Beispielsweise klagen die Lokalen Agenden der Städte darüber, dass die Medien zwar über einzelne Events berichten, nicht aber den Gesamtzusammenhang erklären, was dazu führt, dass nur wenige Bürger erkennen, dass sich hier ein weites Feld für die Mitentscheidung ihrer Zukunft und ihrer Lebensqualität eröffnet hat.

Die verstärkte Konkurrenz unter den Medien verschärft die Situation. Redaktionen fehlt die Zeit zur Recherche auch da, wo echte Information gewollt ist; Herausgeber agieren häufig eher in der Rolle von Aktionären als in der Rolle verantwortlicher Informanten der Bürger.

Was muß also geschehen, damit menschliches Verhalten das Primat vor der Funktion erhält?

**Erziehung zum freien, selbstverantwortlichen und sozialen Individuum**

*Die Gemeinschaft und ihre Institutionen haben dafür Sorge zu tragen, daß der Bürger in den Stand versetzt wird, sich an der Gestaltung und den Aufgaben der Gemeinschaft zu beteiligen.*

*Dafür notwendig ist eine fachliche und ethisch-moralische bzw. politische Ausbildung.*

*Die Ausbildung dient der Erziehung zu einem eigenverantwortlichen Menschen, der seine eigenen Entscheidungen, sein Handeln und das anderer reflektieren kann, und der in der Lage ist, das Wesen der Gemeinschaft zu begreifen und sich an ihrer Gestaltung zu beteiligen.*

Neben Fachwissen müssen moralische, soziale und demokratische Grundwerte vermittelt werden.

Zu beobachten ist nicht ein Werteverfall, sondern eine Verlagerung der Werte: Erfolg, Kapital und Karriere haben soziale Werte in den Hintergrund gedrängt. Soziale Werte werden nicht geleugnet, ihr Vorhandensein wird als Last und ungeliebte Pflicht empfunden, die man am liebsten umgeht (was sich an so unterschiedlichen Beispielen wie dem Besuch der Großeltern, das Zahlen der Steuern und das politische Engagement ablesen läßt. Konkurrenzkampf, Karriere machen und Geld verdienen bereiten offenbar mehr Vergnügen). Diese Einstellung ist ebensowenig angeboren, sondern anezogen wie die Ausrichtung auf Konkurrenz oder Altruismus. Je nach Erziehung schlägt die Waage des Wollens mehr in die eine oder in die andere Richtung.

Wollen und Bedürfnisse werden schließlich gemacht, gesteuert vom Elternhaus, Bildungseinrichtungen, Öffentlichkeit und Werbung.

In einem System, in dem es auf wirtschaftliches Wachstum ankommt, und damit das reine Funktionieren des Menschen in seinem Fachgebiet, seiner Stellung, seinem Amt überbetont wird, richtet sich die Erziehung und Bildung einseitig auf fachliches Wissen aus. Menschliches Wissen und Können außer der Fähigkeit zu führen oder sich unterzuordnen war lange keine Qualifikation. Soziales Verhalten in einer Gemeinschaft gleichberechtigter Individuen wurde nicht vermittelt. Daraus folgten die übergeordneten oder grundlegenden Lehrinhalte: Konkurrenzdenken und Training der Ellenbogen.

Ebensogut kann das Gewicht auf die übergeordneten oder zugrundegelegten Lehrinhalte: soziales Denken und Verhalten, Einsatz der körperlichen und geistigen Energien zum Nutzen anderer Menschen lauten. Liegt der Gesellschaft und damit dem Erziehungssystem ein soziales Prinzip zugrunde, so wird das Streben und die Kreativität des Menschen in eine soziale Bahn geleitet, auf ein soziales Ziel ausgerichtet. Er schlägt eine andere Gangart ein, die nicht auf Überholen gerichtet ist, sondern auf mitziehen, stehenbleiben, sich umsehen, wo die anderen bleiben, ihnen den Weg zeigen, Stütze bieten. Es wird ihn nicht stören, daß er dadurch

langsamer ist. Der Weg ist das Ziel. Das Ziel heiligt nicht die Mittel und Wege.

Unseren Verfassungsvätern war bewußt, welchen Stellenwert eine breite Bildung hat, als sie Chancengleichheit für jedermann forderten.

Die Bildung darf sich darüber hinaus nicht zu einer rein fachlichen Bildung spezialisieren. In dieser Gefahr schwebt sie allerdings, wenn ihre Inhalte einzig auf Gewinn abzielen. Ich will mich keineswegs dagegen aussprechen, daß die freie Wirtschaft Gelder für Bildung ausgibt. Dazu ist sie ebenso verpflichtet, wie jeder einzelne Bürger, der seine Steuern zahlt, um Schulen und Universitäten zu fördern, die er ebenso nutzen will und soll, wie die Wirtschaft das Wissen und die Energie der Schulabgänger und Universitätsabsolventen nutzt. Dennoch darf die Wirtschaft keinen direkten Einfluß auf die Inhalte ausüben. Sie darf und soll die Forschung nutzen und ihre eigenen Ergebnisse für die Universitäten und Schulen zur Verfügung stellen. Daneben muß aber genug Raum und Zeit bleiben, um jedem Schüler und Studenten außer Fachwissen auch die Fähigkeit zuteil werden zu lassen, über seine Rolle in der Gesellschaft zu reflektieren sowie über Zweck und Ziele seiner Berufswahl und seiner beruflichen Tätigkeit nachzudenken.

Eine Art Studium generale, eine Art Ethikunterricht und eine soziale Ausbildung darf nicht zu kurz geraten. Neben den Fähigkeiten des Fachmanns müssen die bürgerlichen Fähigkeiten trainiert und das Wissen vermittelt werden, wie Verwaltung, Politik, soziales System sowie Dialog, Diskussion und Gesprächsführung funktionieren.

Warum, so frage ich als kleiner Denkanstoß, warum entscheiden sich viele junge Menschen für einen sozialen Beruf, nachdem sie einmal zwangsweise in diesem Bereich tätig waren - zum Beispiel im Zuge des Zivildienstes. Viele von ihnen erklären, sie hätten vorher nie für möglich gehalten, daß ihnen ein sozialer Beruf Spaß bereiten könnte, im Gegenteil, sie waren vor dieser Erfahrung eher abgeneigt. Liegt dies nicht unter anderem an der mangelnden Chance, frühzeitig mit sozialer Arbeit bekannt zu werden?

Ein Physikstudent entscheidet sich sicherlich eher für seinen Beruf, weil er mit diesem Forschungsfeld bereits im Schulunterricht Kontakt aufgenommen hat.

Es wird immer wieder gefordert, Schulen und Universitäten sollten praxisorientierter arbeiten. Ich meine, sie sollten auch praxisorientiert vermitteln, wie Stadtplanung im Sinne nachhaltiger Existenzsicherung, Administration, Steuersystem, soziale Versorgung, effektive

Gesprächsführung nicht nur für Manager, sondern auch für mündige Bürger in öffentlichen Foren und Nonprofitorganisationen funktionieren.

Immer noch ist der Bildungsbereich klassenspezifisch aufgebaut. Während sich Manager überteuere private Schulen, Fach- und Rhetorikseminare leisten können, deren Ziel es ist, zu lernen, wie die Öffentlichkeit und die eigenen Mitarbeiter dergestalt zu motivieren und zu manipulieren sind, daß sie freiwillig und gern im Interesse der Firma arbeiten, ist das Wissen, wie man sich vor Manipulation schützt, wie man Gemeinwohlziele vermittelt, ist die Kenntnis von Marketingstrategien und Corporate Identity im sozialen Bereich gering, und wissen moralisch geschulte Menschen nicht, ihr Wissen nutzbringend der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Aufgabe der Familie, der Kindergärten, Schule und Universität ist es, das Ziel des fachlichen Lernens zu erweitern auf das soziale Denken und Engagement.

Vermittelt werden muß darüber hinaus die ehrliche Überprüfung der eigenen Ziele am Maßstab des Wohles, der Würde und Freiheit des anderen Menschen.

Drittens muß konkret gelernt und gelehrt werden, wie man mit anderen zusammenarbeitet, redet, streitet, und wie man anderen zuhört.

Fassen wir noch einmal die beiden Ziele der Ausbildung zusammen:

1. Fachliche Schulung, die Bürger in den Stand setzt, die Verwaltung des Landes, die Politik, den sozialen Sektor, die technischen Anforderungen selbst in die Hand zu nehmen bzw. mit zu bestimmen anstatt Entscheidungen Experten allein zu überlassen.
2. Ethisch, moralisch und demokratische Ausbildung zum freien, eigenverantwortlichen Individuum, das fähig ist, sich selbständig für ein Arbeitsziel zu entscheiden.

Um es provokativ und anschaulich zu formulieren: Das Individuum soll in den Stand versetzt werden, zu entscheiden, ob es seinen formalen Pflichten der Funktion gegenüber Folge leistet oder lieber auf lockende Einkommen verzichtet, wenn Solidarität es erfordert.

3. Konfliktlösungsstrategien, Gesprächs- und Diskussionsführung
4. Die Fähigkeit zur Sympathie und Empathie sollte an Schulen gelernt werden, das heißt, die Fähigkeit, sich in andere hineinzusetzen.

Erst diese Ausbildungsstränge bildeten eine Einheit, ein Ganzes, einen ganzen Menschen, einen ungeteilten Menschen. Dieser Mensch wäre in der Lage, Verwaltung, Politik, soziales System, Wirtschaft und Technik selbst zu organisieren, er könnte seine Entscheidungen und sein Handeln auf diesen Gebieten selbst verantworten. Er wäre fähig zu tun und fähig zu

reflektieren, was er tut. Hier geschieht die erfolgversprechende Vereinigung von Fachwissen, Moral und Engagement.

### **Das Wesen der (Arbeits- und Interessen-)Gemeinschaft**

Wir haben nun theoretisch durch kleine Ergänzungen und Veränderungen unseres real existierenden Bildungswesens die Möglichkeit geschaffen, sich zu einem frei entscheidenden, selbstverantwortlichen und mitverantwortlichen Individuum zu entwickeln, das fähig ist, sich durch fachliches Wissen und soziales Verhalten am demokratischen Prozeß zu beteiligen und die Demokratie zu stützen.

Dieses Individuum stellt den Grundwert der zu denkenden Gesellschaft dar. Es ist das Primat des Denkens, Prüfens und Handelns im sozialen, wirtschaftlichen, verwaltungstechnischen, juristischen und politischen Bereich.

Das Individuum ist die kleinste autonome und selbstbestimmte Einheit. Es vereinigt sich mit anderen Individuen in einer lokalen Föderation. Ebenso gibt es Gemeinschaften mit sozialer, administrativer, ökologischer, technischer, wirtschaftlicher oder kultureller Zielsetzung. Sie wirken bei der lokalen Planung mit, aber auch bei überregionaler.

Jedes Individuum ist in jeder der beiden Gemeinschaften vertreten und hat Teil sowohl an lokalen als auch überregionalen Planungen und Entscheidungen. Es arbeitet mit an der Kommune, Region, Republik, an der europäischen wie der globalen Gemeinschaft und im jeweiligen wissenschaftlichen Projekt oder dem produktiven Arbeitsbereich. Es ist mit zuständig für Forschung, Produktion, Verteilung, Entsorgung usw.

Die sachbedingten Gemeinschaften verbinden sich nun untereinander auf lokaler, regionaler, überregionaler, nationaler womöglich internationaler und globaler Ebene.

Die Kommunen vereinigen sich regional bis bundesweit. Gemeinsam werden Leistungen, Bedürfnisse und Konsum verglichen und ausgeglichen. An die Stelle allgemeiner Klagen über Steuern würde eine präzise Aufstellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Kommunen und der Länder treten.

Kommunen, Regionen und Länder vereinigen sich föderativ in Europa.

Die vereinigten Staaten von Europa verbinden sich föderativ mit allen anderen Staaten.

In Europa und auch global ist der ökologische und der soziale Bereich gegenüber dem wirtschaftlichen Sektor noch sehr unterentwickelt. Es

herrschen nationale Interessen und die Herrschaft der Banken und Finanzmärkte vor.

Die Internationale, die Zusammenarbeit, dieser Mächte ist längst Wirklichkeit, während es lange Zeit braucht, bis die sozialen Kräfte organisiert und fähig sind, supranationale Föderationen zu schaffen, die die Kapitalflüsse und -einsätze kontrollieren und ein Gemeinsinn hergestellt ist, der Solidarität und Zusammenarbeit auf sozialem und ökologischem Gebiet ermöglicht.

Ein Europa, das von Bankiers regiert wird, kann nur durch Aktivität von Bürgern, Intellektuellen, Gewerkschaften, europäischen Vereinigungen für Lastwagenfahrer, Verleger, Lehrer, Vereinigungen zum Schutz von Bäumen, Fischen, Pilzen, der Luft, der Kinder und so weiter, verhindert werden. Deshalb ist die Schaffung von Institutionen, öffentlichen Foren notwendig, die europäische Programme diskutieren und erarbeiten.

Es entsteht ein weites Netz autonomer Gemeinschaften von Gemeinschaften, Bünden von Bünden, Gesellschaften von Gesellschaften.

In diesen Gemeinschaften verbinden sich somit Gemeinschaften und Individuen mit unterschiedlichen Arbeitsbereichen und Interessen.

Erst das macht sie offen, handlungsfähig und repräsentativ.

Keine Gemeinschaft kann die alleinige Vertretung beanspruchen, dennoch hat jede universalen Anspruch. Es ist gewährleistet, daß nicht eine Interessengemeinschaft die Gestaltung zum Beispiel einer Stadt oder gar der Republik übernimmt, geschweige denn der globalen Wirtschaft. Dennoch blockiert nicht die große globale oder europäische Gemeinschaft die Entwicklung einer Region oder Kommune, weil diese weitgehend autonom sind.

Es ist möglich, daß auf allen Ebenen jedes Interesse vertreten wird. Durch die Verbindung der Verbindungen, arbeiten Arbeitnehmer und Arbeitslose zusammen, Senioren und Junge, Ökonomen und Ökologen, Umweltorganisationen, Betriebe und Kommunen usw.

Ihr Streit untereinander gewährleistet, daß jedes Interesse berücksichtigt wird. Die Autonomie, Freiheit und Gleichheit der Gemeinschaften gewährleistet, daß keine Gemeinschaft stärker ist als die andere.

### **Das Prinzip heißt Föderalismus.**

Das Erfolgsgeheimnis des Föderalismus besteht in der Autonomie und Solidarität jedes Individuums und jeder Gemeinschaft.

Unsere Gesellschaft entwickelt sich weg von einer Zwei-Klassengesellschaft aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, deren trennendes und in der jeweiligen Gruppe einigendes Interesse das wirtschaftliche, das materielle ist. Die heutige Gesellschaft zerfällt in oder eint sich aus vielen Interessengruppen.

Die Arbeiterbewegung hat enorme Ziele erreicht. Andere Gruppen fallen jetzt vom Tellerrand, die nach Formen suchen, ihre Interessen und unser aller Interessen durchzusetzen. Durchzusetzen gegen privatwirtschaftliche und, wenn man eine Verschränkung von Staat und Wirtschaft noch immer annehmen kann, gegen staatliche Interessen.

Es existieren nicht mehr nur wirtschaftliche Vertretungen, wie die bekannten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, sondern ebenso Arbeitslosenräte, Behindertenräte, die bisher keine Vertretung oder Lobby und daher auch kaum Mitspracherecht bei der Gestaltung der Stadt bis hinauf zur Republik hatten.

Daß ein Bedürfnis nach Interessengemeinschaften mit bestimmter Zielsetzung und Mitsprache- und Gestaltungsrecht besteht, läßt sich an der Entstehung unendlich vieler Bürgerinitiativen ablesen.

Bürgerinitiativen sind allerdings kurzlebig, sie verfolgen ein zeitlich begrenztes Ziel. Darin liegt zugleich ihre Stärke: Ihre Energie und Motivation konzentriert sich auf ein Projekt, das zeitlich und thematisch fest umgrenzt ist. Ist das Ziel erreicht, so trennt man sich wieder.

Deren heutige Organisations- und Aktionsformen ähneln der des historischen Syndikalismus: Menschen organisieren sich frei und spontan, um ein gemeinsames Interesse durchzusetzen. Sie tun das in direkter Aktion, also nicht über bürokratische und hierarchische Entscheidungswege. Das würde ihr Interesse verfälschen und zu lange dauern.

Zeit und Spontaneität spielen eine große Rolle auch für den Zusammenschluß selbst: Sie intensivieren die Solidarität und verhindern ein über das eigentliche Interesse hinausgehende Machtstreben der Organisation.

Der Vorteil einer solchen Organisationsweise liegt in der geringen Gefahr, daß sich die Organisation zum Selbstzweck ausweitet, die das Primat des Interesses immer stärker auf die eigene Organisation verlagert und das sachliche, inhaltliche Ziel aus den Augen verliert. Dieses Ziel muß dann hinter den organisatorischen, bürokratischen und schließlich hierarchischen Interessen zurückstehen. Diese Gefahr zeigt sich bei den großen Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften, Staat und Großbetrieben.

Bürokratie, Hierarchie und Zentralismus entwickeln ihre eigenen Funktionsmechanismen, dem die ursprünglichen Ziele untergeordnet sind. Häufig geraten sie bei den einzelnen Mitgliedern in Vergessenheit. Man schließt sich der Organisation, dem Betrieb an, um sich am Erfolg der Organisation zu beteiligen und in der Hierarchie aufzusteigen, egal, wohin diese Hierarchie und ihre Arbeit führt. Fragen Sie einmal nach den Zielen und dem Programm Ihrer Partei, kennen Sie es?

Die Unzufriedenheit über Unwissenheit, wofür ich mich eigentlich abrackere, die feste Hierarchie, die meinen Weg für Jahre festlegt, die nicht zuläßt, daß ein Kleiner oder Neueinsteiger sich mit einer guten Idee und mit viel Engagement und Motivation durchsetzt, die starre Funktionalität der Bürokratie, der Zentralismus, der keine Entscheidungen an der Basis zuläßt, führen zur Passivität der Mitglieder.

Wirtschaftsunternehmen haben das Problem längst erkannt und reagieren darauf mit Bekannt- und Populärmachen der Firmenziele, mit denen sich der Mitarbeiter identifizieren soll. Das moderne Management versucht durch Abbau der Hierarchien und Corporate Identity das Engagement und die Effektivität der Mitarbeiter zu steigern. Und es gelingt.

Wirtschaftsberatungsfirmer stellen diese Erfahrungen nun auch für Nonprofitorganisationen bereit; die Sozialdemokratische Partei denkt darüber nach, wie sie ihre Mitglieder durch Projektarbeit zur Mitarbeit anregen kann.

Die für die Bürgerinitiativen, deren Mitgliedschaft nicht durch den wirtschaftlichen Zwang, durch interne Aufstiegsmöglichkeiten gewährleistet ist, befürchteten Nachteile, daß sie sich auflösen, wenn ihr Ziel erreicht ist, - soweit das überhaupt als ein Nachteil anzusehen ist - hat sich als unbegründet erwiesen. Die Zusammenarbeit hatte so starke soziale Bindung unter den Mitgliedern geschaffen, daß sie zusammenblieben, sich teilweise neue Betätigungsfelder suchten. Ob das für die Ziele vorteilhaft ist, bleibt fraglich.

Die Angst vor Verlust der sozialen Bindung ist es, die manchen Mitarbeiter noch nach der Pension in der Firma hält - nicht primär das Ziel der Firma. Und viele Menschen schließen sich einer Organisation an oder übernehmen ein Ehrenamt aufgrund der sozialen Kontakte, die diese Tätigkeit verspricht.

Soziale Kontakte, Zusammenarbeit ist eine mindestens ebenso starke Motivation wie das sachliche Ziel. Darin steckt einerseits wieder ein Beweis dafür, daß auch soziale oder sonst für Mitmenschen sinnvolle Arbeit Befriedigung schafft. Darin steckt andererseits die Erkenntnis, daß

Menschen mit dem Versprechen auf die Befriedigung des Bedürfnisses nach sozialen Kontakten zu allen möglichen Zielen zu bewegen sind.

**Eine gute Gemeinschaft beinhaltet noch nicht ein gutes gemeinsames Ziel.**

**Das sachliche Ziel der Zusammenarbeit muß die Entscheidung ausmachen, ob ich mich der Gemeinschaft anschließe und mitarbeite oder nicht.**

Bleibt die Gemeinschaft oder Organisation über ihr sachliches Ziel hinaus um ihrer selbst willen bestehen, zeichnet sich wieder die Gefahr der Bürokratisierung, Hierarchisierung, Funktionalisierung und des Zentralismus ab.

Organisation macht stark, erfreut sich womöglich einer immer größeren Basis, einer Massenbasis. Das stärkt ihren Erfolg - führt aber schnell wieder zu Bürokratie, Hierarchie, Zentralismus und damit Herrschaft.

(Dieser Gefahr sahen sich übrigens zuletzt in der Geschichte auch die Bürgerinitiativen und Aktionskomitees in Rußland ausgesetzt. Es herrschte innerhalb dieser Organisationen die Frage, ob man sich zu Parteien ausbilden sollte. Das schloß die Befürchtung ein, eine Oligarchie an ihrer Spitze zu bilden und, sofern eine Partei die Macht in Rußland übernahm, wieder bei einer Nomenklatura zu landen, wie sie gerade durch die Bürgerinitiativen und Aktionskomitees abgeschafft worden war.)

*Herrschaft führt nicht zum Ziel, nur zu sich selbst*

Die Gefahr für die Ziele einer Gemeinschaft, die von der Opposition an die Macht gelangt, erfuhren die Syndikalisten in Spanien.

Nach den negativen Erfahrungen mit den jungen Republiken in Frankreich der Jahrhundertwende und in Weimar suchten die Syndikalisten eine Gemeinschaft zu errichten, die ohne Herrschaft durch Hierarchie, Bürokratie und Zentralismus auskäme.

Spanien war das einzige Land, in dem der Syndikalismus verwirklicht wurde, bis er wie in Deutschland und Frankreich vom Nationalismus, Kommunismus und Kapitalismus verdrängt wurde.

In Frankreich und Deutschland war er unter anderem gescheitert, weil ihm die breite Massenbasis fehlte, obwohl er in Frankreich ein Drittel aller organisierten Arbeiter und Angestellte umschloß.

In Deutschland erreichte er zu seiner Blütezeit 1919 eine halbe Million Mitglieder. Zum Vergleich: Die Vorläuferorganisation des DGB verzeichnete die doppelte Mitgliederzahl.

In Spanien stellte der Syndikalismus nicht nur eine Minderheit dar. 1936 hatte die CNT, die Confederation National de Trabajo, zwei Millionen Mitglieder und noch mehr Anhänger. Dies war auf eine lange Tradition der syndikalistischen Ideen zurückzuführen, die bis ins Mittelalter reicht. Die Vorstellungen der Syndikalisten fielen auf fruchtbaren Boden und konnten leicht Platz in den Herzen und Köpfen der Bevölkerung finden und leicht umgesetzt werden, soweit es die widrigen Umstände erlaubten.

Ich will nicht die gesamte spanische Geschichte aufblättern.

Die Syndikalisten schlugen in großen Teilen der Levante, Asturiens und Kataloniens Francos Aufstand nieder. Das entstehende Machtvakuum wurde für einige Monate gefüllt mit dem herrschaftsfreien syndikalistischen System.

Monarchie und klerikale Herrschaft waren ebenso diskreditiert, wie das kapitalistische System, das diese aufgebaut hatten. Die Republik hatte versagt, weil sie die Forderungen der Bevölkerung nicht konsequent genug gegen die Machtinteressen der Großgrundbesitzer durchgesetzt hatte.

Als Alternativen blieben nur Syndikalismus oder Kommunismus.

Trotz der widrigen Umstände der Kriegssituation und der Verweigerung des Auslandes, die Syndikalisten zu unterstützen, obwohl das Volk sich selbst für dieses System entschieden hatte, trotz dieser Umstände errichteten die Bürger selbst eine bis dahin fehlende Infrastruktur, Verbesserungen im sozialen Bereich, in der Bildung, den Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit, der Verteilung, der ökologischen Landwirtschaft.

Daß ihre Gesellschaft dennoch gescheitert ist, lag am Streit mit den Kommunisten, die im Kampf gegen Franco von Moskau unterstützt und mit Waffen versorgt wurden. Die Syndikalisten hatten Franco nichts entgegenzusetzen, denn kein Land unterstützte sie, ganz Europa verweigerte sogar den Handel mit ihnen, denn in der europäischen Presse war zu lesen, die Syndikalisten seien mit Gewalt vorgegangen und die englischen Aktien in der iberischen Eisenbahn sowie Frankreichs Interessen in Marokko seien in Gefahr, wenn Spanien ein syndikalistisches, also von den Bürgern selbst bestimmtes Land werde.

Die Weltgeschichte kennt mehrere Beispiele, die zeigen, daß kein Land einen dritten Weg versuchen kann, wenn die Nachbarländer und Amerika es aus wirtschaftlichen Überlegungen heraus nicht zulassen wollen.

Im Falle Spaniens hätte die bürgerliche Demokratie keine Gefahr bedeutet, da sie keine expansiven Interessen hatte wie der Kommunismus des Sowjetregimes. Aber die Unbekanntheit des Syndikalismus machte Angst und begünstigte die entsprechende Aufnahme von Schreckensmeldungen.

Da die Syndikalisten keine Unterstützung durch das Ausland erfuhren, die Kommunisten aber an Macht und Ansehen gewannen, weil sie in Waffen gegen Franco standen, und weil Stalin bereit war, mit England und

Frankreich zu paktieren, standen die Syndikalisten vor der bitteren Entscheidung, entweder die alleinige Macht im Lande zu ergreifen oder mit allen anderen Parteien, die im Ausland besser angesehen waren, in eine Koalition gegen Franco zu treten.

Beide Entscheidungsalternativen liefen auf die Herrschaft einer von der Mehrheit gewählten Führungselite hinaus.

Die alleinige Macht zu ergreifen, war keine Illusion für die Syndikalisten. Genug Unterstützung im Volk hätte es gegeben. Macht aber lehnten sie prinzipiell ab. Die alleinige Macht, auch wenn sie auf der Zustimmung der Mehrheit beruhte, und auch wenn sie einem "guten Zweck" gedient hätte, nämlich dem Erhalt der Demokratie gegen den Faschismus, bedeutete den Syndikalisten Diktatur. Auch wenn es nur die Diktatur der Mehrheit über eine Minderheit gewesen wäre.

Regierung bedeutete ihnen Diktatur, weil entweder eine Minderheit die Mehrheit beherrscht oder eine Mehrheit die Minderheiten unterdrückt.

Die Diktatur unterscheidet sich vom Parlamentarismus insofern, als dass die herrschende Elite selbstbestimmt statt gewählt ist. Beiden gemeinsam ist aber: Mehr oder minder werden Menschen unterdrückt. Im Falle Spaniens z. B. kleine Kommunen oder Regionen wie Katalonien, die von der Zentralregierung in Madrid regiert wurden und ihre Autonomie einbüßten.

In der Entscheidung der Syndikalisten überwog die Überlegung, die Andersdenkenden nicht zu unterdrücken, zumal diese Andersdenkenden im Besitz des Kapitals, der Waffen und des Rückhalts durch das Ausland befanden.

Als bei ihnen nun die Entscheidung anstand, sich an den Wahlen zu beteiligen oder die Mehrheit des Volkes, die hinter ihnen stand, aufzurufen, sich zu enthalten, da entschlossen sie sich schweren Herzens für eine Koalition mit allen Parteien, die gegen Franco eintraten. Sie ließen andere Parteien zu, sie ließen die Regierung aus Kommunisten und Liberalen zu, sie ließen den Konkurrenzdruck und Einflußnahme einiger verbliebener Großgrundbesitzer und Unternehmer zu, und sie verbündeten sich in einer Volksfrontregierung gegen den Faschismus.

Im September traten sie in die Regionalregierung Kataloniens und im November 1936 in die Zentralregierung ein. Die Gefahren, die diese Demokratie für ihre Prinzipien mit sich brachte, waren ihnen bewußt, aber sie konnten ihnen nicht entgehen.

Damit allerdings "verrieten" sie ihr Prinzip der vollkommenen Demokratie, in deren Mittelpunkt die Mitglieder statt der Organisation und ihr herrschendes Zentrum stand, und sie enttäuschten ihre Anhänger. Sie taten dasselbe, was alle Parteien und Gewerkschaften naturgemäß tun: Sie errichteten eine Organisation, eine Bürokratie und Hierarchie, eine Zentrale, eine Herrschaft der Oligarchie.

Aus dem Syndikalismus, der sich gegen Parteien wandte, wurde selbst eine Partei mit denselben Fehlern, die sie gerade an der Weimarer Sozialdemokratie, an der Gewerkschaft und am Parlamentarismus als Beispiel aufgezeigt hatten: Bürokratismus, Oligarchiebildung, Zentralismus.

Die Tagespolitik hatte sie eingeholt, genau wie alle Parteien und Gruppen, die den Schritt von der Opposition zur Macht tun. Die Entwicklung von einer Bewegung zu einer Partei oder Gewerkschaft impliziert bereits die Spaltung in "Fundis" und "Realos", wie sich nicht nur an den Grünen, sondern auch an der älteren SPD ablesen läßt, deren Schnitt mitten durch die Partei verläuft und diejenigen, die nach dem Programm sehen von jenen trennt, die um der Regierungsmacht willen Kompromisse eingehen müssen.

Die damalige alternative Entscheidung zeigt die Zwickmühle, in der sich jeder Politiker und Bürger befindet. Mit der Entscheidung, in die Regierungsverantwortung zu treten, warfen sie die Ideale des Syndikalismus aus pragmatischen und tagespolitischen Erwägungen über Bord. Die Argumentation für diese Entscheidung mochte dieselbe sein, wie sie heute jedes ideale Parteiprogramm erfährt: Es wird gebeugt im Kompromiß mit den tagespolitischen Umständen und Realitäten. Die Folge aber ist und war damals die Enttäuschung der Anhänger dieses Programms. Die Unzufriedenheit und Enttäuschung stellte eine Schwäche dar, die der Gegner ausnutzen konnte und ausnutzen kann.

Wenn zwei sich streiten, sagt man, freut sich der Dritte. Der lachende Dritte war in diesem Fall Franco. Im Fall Deutschland war es Hitler, der geschickt die Uneinigkeit und Zerstrittenheit zwischen Sozialdemokraten und ihren verschiedenen Flügeln, Kommunisten, Liberalen und Gewerkschaften nutzen konnte.

Die Alternative konnte aber nicht Einigkeit um jeden Preis sein, Einigkeit gegen den gemeinsamen Feind. Wenn der Feind weg ist, zerbricht die Einheit und der Ruf nach einem neuen Feind und einer starken Führung wird laut.

Einigkeit kann es nur unter einer einheitsstiftenden Herrschaft geben, was eine Einheit von oben bedeutet und Gleichmacherei. Eine solche Einheit ist nur die einer winzigen Clique.

### *Demokratie*

Proudhon prägte das Schlagwort:

"Wenn die Monarchie der Hammer ist, der das Volk erschlägt, dann ist die Demokratie die Axt, die es spaltet."

Herrschaft jeder Art lehnte der Syndikalismus ab. Sowohl Herrschaft über Mehrheiten wie auch Herrschaft über Minderheiten. Die Herrschaft über Mehrheiten ist die Diktatur, die Monarchie oder die Oligarchie; die Herrschaft über Minderheiten ist die Demokratie.

Dennoch sprachen Syndikalisten davon, daß sie wahre Demokratie wünschten.

Demokratie ist ein abstraktes Wort, das in der Alltagssprache jeder füllen kann, je nachdem, in welchen Kontext er es bettet. Demokratie klingt immer gut, kann aber sehr verschiedene Vorstellungen meinen.

Die Syndikalisten Frankreichs, Deutschlands und Spaniens strebten eine Demokratie an, an der sich jedes Mitglied beteiligen konnte. Denn nur das ist tatsächlich eine Demokratie. Passivität und Politikverdrossenheit schließen Demokratie aus.

Die Demokratie ist unzweifelhaft die schwächste aller Systeme. Aber ich kenne keine bessere, sagte Churchill. Ihre Schwäche und zugleich ihre Stärke besteht in der Freiheit. Diese Freiheit bedeutet leider auch die Freiheit solcher, die ihre materiellen und Machtinteressen auf Kosten anderer durchzusetzen versuchen. Sie bedeutet aber auch die Freiheit derjenigen, die das verhindern könnten und derjenigen, die daran mitarbeiten könnten, alle Menschen vom Grundwert Solidarität zu überzeugen. Und davon, daß ein Miteinander mehr Gewinn bringt als ein Gegeneinander, sofern unter Gewinn nicht Geld, sondern sichere Existenz für alle und für eines jeden Umwelt bedeutet.

### *Offenheit der Gemeinschaften*

Gemeinschaften fallen nicht vom Himmel und existieren nicht von Natur aus. Sie werden gemacht. Es gibt erklärte Gemeinschaften kraft Herkunft, Blut und Boden, angeborener Eigenschaften oder käuflicher Attribute, gemeinsamer Steuerkarten, Rasierapparate oder Autos, kraft Nation, Staat, Volk. Gemeinschaften werden gebildet aufgrund eines Interesses, gemeinsamer Werte und Ziele. Gemeinsame Werte entstehen durch Erziehung, Erfahrung, Tradition - und idealerweise, da bewußt - durch Dialog, Gespräch und Streit. Daraus folgt: Streiten (und eventuell einigen) schafft ebenfalls Gemeinschaft.

Gemeinschaft birgt die Gefahr, andere, die nicht zu dieser Gemeinschaft gehören, auszuschließen. Da aber nur in einer Gemeinschaft überindividuelle Ziele erarbeitet werden können, die allen zugute kommen, da also nur in einer Gemeinschaft soziales Leben möglich ist, wollen wir eine Gemeinschaft konstituieren, die niemanden ausschließt. Das erscheint paradox. Erreicht werden kann dieses Ideal aber doch, wenn diese

Gemeinschaft jedem offen steht, der sich daran beteiligen möchte. Die Regel lautet somit: Es gibt keine Gemeinschaft außer einer bewußten, freiwilligen zu dem Zweck gemeinsamen Handelns zu einem gemeinsamen Ziel. Niemand darf aus dieser Gemeinschaft ausgeschlossen werden. Einziges Kriterium seiner In- oder Exklusivität ist sein freier Wille.

Frei und offen ist unsere ideale Gemeinschaft nicht nur zum Beitritt, sondern auch zur Meinungsfreiheit. Der Freiheit, auch ein Ziel der Gemeinschaft neu zu formulieren, abzuwandeln oder den Weg zum Ziel neu zu bestimmen.

Viele Parteibeiträge sind dadurch motiviert, das Handeln der Partei oder des Staates zu ändern. Das ist der Unterschied zu einem Unternehmen, dessen Ziel unabänderlich der Gewinnzuwachs ist. Jeder Mitarbeiter, der dem Unternehmen ein anderes Ziel geben will, wird sicherlich unangenehme Sanktionen hinnehmen müssen, auch wenn Hierarchien bis zum Management und Aufsichtsrat hinauf abgebaut sind.

### **Die Ziele der Gemeinschaft**

Die Gemeinschaft kann Ziele verfolgen wollen, die zum Nachteil anderer gereichen, anderen schaden. Diese Gefahr wird sofort gemindert, wenn keine Ausschlüsse aus der Gemeinschaft erfolgen, sondern jeder sich an ihr beteiligen darf und seine Meinung in ihr kund tun darf. Das Grundgesetz der Meinungsfreiheit zeigt hier seine Bedeutung.

Voraussetzung ist, daß es innerhalb der Gemeinschaft nicht wieder Spaltungen gibt zwischen Starken und Schwachen, Vielen und Wenigen, Lobbyisten und Einzelnen.

Voraussetzung dafür wiederum ist Chancengleichheit und so gebildete und selbstbewußte Menschen, die sich nicht manipulieren lassen oder zumindest die Gefahr der Manipulation kennen und auf der Hut sind. Voraussetzung ist ein gemeinsamer und beachteter Grundwert: Der Mensch.

Die Grundrechte auf Bildung, auf Freiheit und Würde des Menschen zeigen hier ihre Bedeutung.

**Jedes Gemeinschaftsziel, ob gut oder schlecht, kann unterwandert werden. Dies ist die Schwäche der Demokratie. Schützen kann dagegen nur die Stärke der Demokratie, die in der Freiheit seiner Mitglieder besteht sowie die Erziehung zum eigenverantwortlich entscheidenden und selbstverantwortlich handelnden Menschen. Nur selbstverantwortliche Menschen, die ihr Handeln prüfen, offen reflektieren und reflektieren können, die frei von Gruppenzwang, Parteizwang, Redaktionszwang, Linienzwang nach best ausgebildetem**

**Wissen und Gewissen entscheiden können, werden zwischen gut und böse, richtig und falsch unterscheiden und einzig unter dem Gesichtspunkt, ob die Entscheidung anderen oder ihrer Umwelt schadet oder nicht.**

**Sie werden außerdem bereit sein und sich dazu verpflichtet fühlen, andere so weit zu informieren ohne zu manipulieren, daß diese zu denselben Entscheidungen fähig sind und ihre Folgen richtig einschätzen können.**

### **Demokratische Entscheidungen**

Was hier angestrebt wird, ist eine Bürgerbeteiligung an allen Aufgaben der Gesellschaft. Wie weit reicht sie? Bis zur Basisdemokratie? Abschaffung jeglicher Herrschaft?

Basisdemokratie führt in einem großen Land leicht zu einer Prämie auf Demagogie.

Möglich ist, daß eine Gesellschaft auf demokratischem Wege entscheidet, alle Ausländer, alle Arbeitslosen, alle Behinderten, oder sonst eine beliebige Minderheit der Gesellschaft zu vertreiben, einzusperren oder zu töten. Das Beispiel ist nicht sehr weit hergeholt. Demokratische Gemeinschaften beschließen auch, oder lassen zumindest zu, daß gegen andere Gesellschaften Krieg geführt wird, wenn der Krieg im wirtschaftlichen Interesse des Landes geführt werden soll. (Alle weiteren Kriegsgründe lassen sich auf diesen zurückführen.)

Die Geschichte lehrt uns, daß die Gemeinschaft solche und andere Entscheidungen immer dann trägt, wenn wirtschaftliche Erwägungen solche Maßnahmen für vorteilhaft erscheinen lassen, wenn aufgrund wirtschaftlicher und/oder sozialer Unzufriedenheit Ratlosigkeit herrscht und die Bereitschaft vorhanden ist, sich unter autoritäre Führung zu begeben, die eine Änderung der Situation verspricht, wenn eine Autorität die Unsicherheit, Unzufriedenheit und Furcht, die noch keinen konkreten Anhaltspunkt hat, auf einen inneren oder äußeren Feind lenkt.

Dieses Feindbild muß gewisse Voraussetzungen erfüllen: Der Feind muß ein fremder sein, denn Fremdes beinhaltet stets Unsicherheit und Furcht; er muß konkret sein, faßbar, angreifbar, also möglichst eine Person oder Gruppe. Kein anonymes System, keine anonyme Gruppe, keine Aktiengesellschaft, keine Bank, kein Aufsichtsrat wurde je zu einem Feindbild, auch wenn es Schuld auf sich geladen hätte. Einzelne Personen, Monarchen, Unternehmer oder Personengruppen, Asylanten, Juden, auf die man zeigen kann, die im sichtbaren Schußfeld liegen, die sichtbares Angriffsziel sind, wurden Feindbilder. Anonyme Gruppen sind nicht angreifbar, weil sie kaum sichtbar, kaum definierbar sind, weil sie nur Funktion sind. Sie tragen keine persönliche Verantwortung, sondern

schieben ihre Verantwortung und den Zwang ihres Handelns auf ihre Funktion ab. Außerdem verfügen sie über Informationsvorsprung und Manipulationsmechanismen, mit denen sie die Meinung der Masse steuern können. Auch die Meinung einer demokratischen Masse. Sie können eine Demokratie dahin bewegen, allen möglichen Zielen zuzustimmen.

Allerdings nur eine Demokratie, in der Minderheiten nicht oder schlecht vertreten sind und die immer noch Herrschaftsoligarchien ausbildet und gegen Manipulation schlecht gewappnet ist.

Ein Verteidigungsschild kann jedem Bürger kraft Erziehung und Bildung durch Elternhaus, Schulen und informierende Presse sowie Öffentlichkeitsarbeit der staatlichen und parteilichen Institutionen und gesellschaftlich relevanten Gruppen an die Hand gegeben werden.

Dennoch besteht, um auf das Ausgangsargument zurückzukommen, auch in einer föderalistischen Demokratie immer noch die Gefahr der "schlechten" Entscheidung. Schlechte Entscheidungen sind menschlich, sie werden immer passieren. Ihre Auswirkungen können, soweit sie jetzt schon vorhersehbar sind - und aufgrund unserer leider sehr großen geschichtlichen Erfahrung mit Verbrechen, Ungerechtigkeit, Manipulation und Minderheitendiskriminierung können wir einiges an Auswirkungen fehlerhafter oder unmoralischer Entscheidungen voraussehen - eingedämmt werden, indem wir unser Grundgesetz als eine der wenigen Regelungen menschlichen Zusammenlebens behalten, bewahren und weitervermitteln und dieses durch moralische Werte ergänzen, die das Studium der Geschichte herauskristallisieren, und die auf den öffentlichen Foren der föderalistischen Gesellschaft erarbeitet worden sind.

Dies sind dann Gesetze, die sich die Gemeinschaft selbst gegeben hat. Sie werden eher befolgt als "Gesetze von oben". Es bedarf ihrer weniger, weil die Übung in Streit und Zusammenarbeit in den Gemeinschaften eine gute Voraussetzung bietet, daß sich zwei Parteien selbst auf einen Kompromiß oder auf ihr Recht einigen, anstatt ein Gericht anrufen zu müssen.

Wenn die Freiheit des Individuums durch die Gemeinschaft beschränkt ist, wenn das Individuum aber frei, offen und gebildet genug ist, eigenes Fehlverhalten einzugestehen, nicht auf seinem Recht zu bestehen, weil es auf keine Funktion pochen muß und eine Verteilung von Gütern, Recht und Macht zustimmt, kann es auf den langwierigen Rechtsweg verzichten. Der Rechtshandel kann zwischen den Parteien selbst ausgeführt werden, allenfalls ein Diskussionsleiter oder unabhängiger Dritter mag notwendig sein, um die emotionalisierten Gemüter zur sachlichen Diskussion zurückzuführen und persönliche, soziale Asymmetrien und Ungleichheiten in rhetorischen Fähigkeiten auszugleichen.

Konflikte werden auf dem Verhandlungsweg, durch Übereinkünfte oder vermittelnde Gespräche beigelegt.

Die Übung darin dämmt die Prozeßsucht ein. Je mehr Verantwortung das Individuum auf gesellschaftliche Institutionen wie Gerichtsbarkeit, politische Vertretung, soziale Vertretung, Arbeitsvertretung abwälzen kann, je freier also das Individuum von Verantwortung gegenüber seinem Nächsten ist, je freier es auf seinem Recht bestehen kann ohne Verpflichtungen eingehen zu müssen, desto unmündiger wird es, desto unfähiger wird es zur Empathie, das heißt zur Fähigkeit, sich in andere Personen hineinzusetzen, desto unfähiger wird es, zu kommunizieren, sich an den gesellschaftlichen Entscheidungen zu beteiligen, sie zu kontrollieren, desto abhängiger wird es von den Institutionen.

Die Diskussion, die Übernahme der Verantwortung und damit der Kontrolle und Macht durch jeden Bürger erhöhen seine Freiheit gegenüber staatlichen und wirtschaftlichen Vertretungen und Mächten.

Konsensbildung ist zwar mühsam, funktioniert aber in kleinen Gruppen. Daher sollte es eine Diskussion um jeweils anstehende Werte und Probleme in Form aufsteigender Ebenen der Föderation geben.

Nun ist die Beratung und Entscheidung in den öffentlichen Foren problematisch. Deliberation, Generalversammlungen sind problematisch.

Die Teilnehmer an gemeinschaftlichen Dialogen sind keineswegs autonome Akteure, die über die nötigen Informationen und analytischen Fähigkeiten verfügen; sie sind vielmehr Gemeinschaftsmitglieder, die für ihren Lebensunterhalt, ihre Kinder und manches mehr Sorge zu tragen haben und sich mit politischen Angelegenheiten nur in ihrer spärlichen Freizeit beschäftigen können. Aber selbst wenn jeder Beratungsteilnehmer über umfangreiche Informationen und ein in Statistik geschultes Denkvermögen verfügen würde - über die für rationale Entscheidungen notwendigen Informationen und analytischen Kapazitäten verfügt nicht einmal ein Supercomputer.

Die Vorstellung, daß autonome Individuen zusammenkommen, um sich Verträge zu geben und diese einzuhalten, beruht auf Mythen. Alle müßten Anwälte und Moralisten sein, wenn sie ein so hohes Abstraktions- und Bewußtseinsniveau hätten.

Werte stützen sich aber auch auf Tradition und Kultur.

Vom gemeinsamen Grundwert ausgehend können wir in unseren öffentlichen Foren Einzelentscheidungen treffen, wenn wir ihre Folgen an diesen Grundwerten überprüfen.

Jede Gemeinschaft gibt sich ihre eigenen Werte, die sie einhält, weil sie sie sich selbst gegeben hat. Sie weiß wozu. Sie schützt jeden gegen gegenseitige Ausnutzung. Einige grundlegende ethische Regeln sind notwendig, um ein Zusammenleben zu ermöglichen.

Das ist kein Gesetz von oben, das ist etwas anderes, als Macht einer Minderheit, die sich die Mehrheit zur Regierung wählt, damit sie selbst passiv bleiben kann, sich um nichts kümmern muß und sich führen lassen darf.

Die Entscheidung gilt nur für eine Gemeinschaft. Denn Werte sind relativ. Diese Gemeinschaft beansprucht nicht die alleinige, totale Wahrheit.

Schutz vor der Gemeinschaft bieten die anderen Gemeinschaften sowie die Verfassung.

Die Verfassung hat gesellschaftsweite Gültigkeit. Werte, die auf Konsens beruhen, können gruppenspezifisch sein.

Gesetze sollen gemeinsame Werte verkörpern. Sie dienen dazu, auf Verstöße der moralischen Ordnung zu reagieren.

Voraussetzung für die Festlegung von allgemeinen Werten oder Gesetzen ist die Information und Diskussion.

Die Kompliziertheit der Gesetzeswerke schließt Bürger von der Beteiligung aus und begünstigt große Betriebe und Kapitaleigner, die sich einen Informationsvorsprung leisten können, indem sie juristische Spezialisten bezahlen können.

Zu starke soziale Gesetzgebung führt zu Passivität aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedener. Auf beiden Seiten fehlt es an Verantwortlichkeit gegenüber der Gemeinschaft, an Werten.

Gesetze dienen Drückebergern, sagte ein Bauführer im Roman "Flächenbrand" von Max von der Grün. Mit Drückebergern sind Menschen gemeint, die nicht arbeiten wollen. Nicht arbeiten wollende, "Arbeitslose", sind aber auch Spekulanten, die Kapital und Menschen arbeiten lassen, also Arbeit delegieren. George Sorros Vorschlag, Spekulationen verbieten zu lassen, kann nur eine Teillösung sein, die sich kaum durchsetzen läßt ohne moralischen Druck auf Wirtschaft und Politik. - Ebenso wenig wie Legislative und Exekutive verhindern können, daß Arbeitsfähige den Sozialstaat mißbrauchen.

Werte sind wirksamer als Gesetze.

Seien wir uns bewußt, daß es nicht nur zwei Säulen der Gesellschaft gibt: Markt und Politik, sondern auch eine Zivilgesellschaft, deren Menschen die Mitarbeiter beider Säulen stellen. Wenn sie sich als solche verstehen, werden sie das Verantwortungsbewußtsein besitzen, ihre Entscheidungen und Handlungen auf den Menschen zurückzuführen statt auf Prozeß und Funktion. Damit erübrigte sich, die Schuld an Problemen der Arbeitslosigkeit und am Demokratiedefizit entweder bei der Politik oder bei der Wirtschaft zu suchen; eine Suche, die immer Erfolg haben, immer aber auch erfolglos bleiben wird. Wenn aber beide schuld sind, so liegt die Schuld im gemeinsamen Schnittpunkt: dem verantwortlichen Menschen.

Genau an dieser Stelle liegt jedoch auch die Chance. Denn dann kann der Mensch sich nicht mehr mit sogenannten Sachzwängen, der eigenen beschränkten Funktion und der Bürokratie entschuldigen.

### **Konkurrenz contra Würde und Solidarität**

Warum handeln wir nicht nach dem Prinzip des Kategorischen Imperativs: Freiheit bis an die Grenzen der Freiheit des Nächsten? Warum überwiegt Kampf und Konkurrenz gegenüber der Solidarität?

Wenn ich von einem Arbeitnehmer verlange, er möge töten, wird er sich weigern. Die Arbeit wird nicht getan werden. Oder sie wird von einem anderen getan.

Drohe ich ihm, seine Existenz zu nehmen, was in einer Gesellschaft möglich ist, in dem er nicht autonom, sondern von mir abhängig ist, so wird mein Arbeitnehmer zwischen dem Wert seiner Existenz und dem Wert der Solidarität mit dem Opfer abwägen.

Die Entscheidung wird mit der Rechnung leichter fallen, daß das Opfer in der Täterrolle ebenso handeln würde, oder daß sich ein anderer ebensowenig solidarisch verhalten würde.

Bei Vertrauen auf gegenseitige Solidarität wird die Arbeit nicht getan. Sie wird auch nicht getan, wenn die Existenz beider, trotz ihrer Verweigerung gesichert ist.

Der Arbeitgeber hat die Macht, den einen gegen den anderen auszustechen und ihm zu erklären, daß es für ihn von Vorteil ist, dem anderen zu schaden.

Jeder besitzt aber eine Scheu, die Freiheit eines anderen anzutasten, sich unmoralisch und unsolidarisch zu verhalten, wenn er nicht Gründe dafür hat. Diese Gründe liegen im eigenen Vorteil.

Somit muß ich ihm die Vorteile wegnehmen, die bei Herrschaft durch Geld, Informationsvorschuß oder was auch immer, eintreten oder ihm die Vorteile zeigen, die darin liegen, sich solidarisch zu verhalten.

Bezahlte Personen werden aufgrund ihrer Bezahlung einen entsprechenden Kurs beibehalten, aber sich weiter wünschen, eigene Wege zu gehen. Wenn aber eine Person vom Kurswechsel überzeugt ist, dann hat sich die Präferenz dieser Person verändert.

Ich muß die Gesellschaft und ihre Arbeit so organisieren, daß mein Vorteil der Vorteil des Nächsten ist oder doch zumindest nicht sein Schaden. Dazu muß ich die Gesellschaft auf dem Grundprinzip der Freiheit und Würde des Menschen errichten anstatt auf dem Prinzip der Gewinnmaximierung und Konkurrenz.

Die Drohung des Imageverlustes könnte Einzelpersonen und ganze Betriebe von unmoralischem Verhalten abhalten in einer Gesellschaft, in der Solidarität statt Kampf als höchster Wert propagiert wird.

\*

Die moralische Infrastruktur zehrt von vier sozialen Phänomenen: Familie, Schule, Gemeinschaften in einer Gesellschaft und Gemeinschaft von Gemeinschaften. Sie sind ineinander verschachtelt und begleiten die Entwicklung des Individuums kontinuierlich. Wenn diese Infrastruktur auch in Friedenszeiten und Zeiten wirtschaftlicher Prosperität zerfällt, kommt es zum Anstieg unsozialen Verhaltens.

- Gehen wir die Checkliste durch, finden wir in der Familie die Erziehung zu Werten wie "Karriere und Geld". Es fehlt die Erziehung zum sozialen Individuum, wo Geschwister fehlen, wo die Sorge um Großeltern durch das Vorbild der Eltern als Last empfunden wird.

- Die Schule setzt die Schulung zum Konkurrenzkampf fort. Noten bilden das Primat vor dem Lernstoff.

- In der Gesellschaft der Erwachsenen wird derjenige geschätzt, der Wohlstand erworben hat. Sozial engagierten Menschen erklärt man: "Das ist heroisch, aber ich könnte das nicht." Die Vorstellung liegt fern, eine soziale Tätigkeit könnte Befriedigung oder gar Spaß bereiten.

- Junge ehrgeizige Kollegen wollen Karriere machen. "Karriere" ist gleichbedeutend mit "Geldverdienen", beides sind die dominanten Ideale, die Eltern, Schule, Staat und Wirtschaft ihnen anezogen haben.

- Mitarbeiter und Kollegen hängen an alten Strukturen, an Titeln, die ihre hierarchische Stellung in der Firma zeigen und erhöhen. Sie verzichten teilweise lieber auf Aufgabengebiete und Lohnstufen, als auf Abgrenzungspartikeln, die den "Oberfahrmeister" vom einfachen Busfahrer, den "Vorarbeiter" vom einfachen Arbeiter, den "Abteilungsleiter" vom einfachen Mitarbeiter abgrenzen. Ebenso besteht das Bedürfnis des Angestellten, sich vom Gewerblichen abzugrenzen, des Gehaltsempfängers vom Lohnempfänger und des Arbeitnehmers vom Arbeitslosen.

Dieses Bedürfnis kann durch Erziehung verstärkt oder vermindert werden, was immer dann deutlich wird, wenn sich Bürokratien und Hierarchien verstärken. Diktaturen beispielsweise nutzen und verstärken das Bedürfnis nach Rangordnung.

Daß hier die Ideen des modernen Managements, bei offenen Türen im Team zu arbeiten, nicht auf fruchtbaren Boden fallen, ist verständlich. Angesichts der Bedrohung des Arbeitsplatzes fühlen sich die Kollegen eher kontrolliert als freier, ihre Arbeit und Arbeitszeit selbst zu bestimmen.

- In der Hierarchie aufzustreben wird als Ideal vermittelt. Die Furcht, dieser Anforderung nicht gerecht zu werden, hinter der die Drohung der Stigmatisierung "Versager" steht, bzw. der Ehrgeiz, der Anforderung

gerecht zu werden und die Anerkennung der Gesellschaft zu erhalten, macht ein Intrigieren und Taktieren notwendig.

Solche Kollegen zur Teamarbeit zu bewegen funktioniert nur dann, wenn ihnen die Vorteile deutlich vor Augen geführt werden und Ziele, mit denen sie sich identifizieren.

Experimentierfreude und Solidarität können nicht erwartet werden, wenn viel zu verlieren ist, aber unbekannt, was zu gewinnen ist. Das Bedürfnis nach Ordnung und Sicherheit verhindert produktives Chaos und Freiheit.

- Die Risikobereitschaft, Fehler zu machen und aus Fehlern zu lernen, sinkt mit der Überlegung, daß Fehler die Stellung oder das Aufsteigen in der Hierarchie oder den Arbeitsplatz gefährden.

Gerade in der deutschen Wirtschaft wird der Nimbus, keine Fehler zu begehen, hochgehalten. Also werden Fehler auch nicht erkannt und abgestellt.

Bei der amerikanischen Firma Microsoft werden Fehler bestraft durch ungeliebte Arbeiten und persönliches Erscheinen vor dem Chef. Dieses aus der Kindheit bekannte Erziehungskonzept hat Erfolg, reibt die Mitarbeiter aber in Kürze auf. Dementsprechend sucht Microsoft vorrangig junge Menschen, die sich leichter in die Arbeitsweise integrieren lassen. Das Ideal sind Menschen mit hoher Intelligenz, die hundert Stunden in der Woche arbeiten können, kontaktfreudig sind und viel Geld verdienen wollen. Das verschleißt Menschenmaterial.

- Schnelligkeit und Erfolgszwang gehen auf Kosten von Qualität, Prüfung von Sicherheit, Kundenservice; zum Lernen durch Fehler, Prüfung und Nachdenken besteht keine Zeit, ebensowenig dazu, den Kollegen Einblick in die eigene Arbeit zu gewähren, Erkenntnisse weiter zu geben, sich gegenseitig zu helfen oder Arbeit abzunehmen. (Ein Beispiel unter vielen ist der Erfolgszwang, unter dem Versicherungs- oder Bankangestellte arbeiten. Sie müssen jeder eine bestimmte Anzahl an Vertragsabschlüssen vorweisen. Nach Befragung hat darunter das kollegiale Arbeitsklima gelitten, ein Kollege kann im Notfall nicht mehr die Arbeit des anderen abnehmen oder helfen. Gelitten hat auch die Kundenberatung, denn da es auf Quantität von Abschlüssen ankommt, kann das Primat der Entscheidung, das Ziel der Arbeit nicht mehr die Prüfung sein, welchen Vertrag der Kunde braucht und ob der Kunde den Vertrag überhaupt braucht.

Andere Beispiele finden sich in der Entwicklung von Produkten. Produkte verlassen immer schneller das Forschungslabor, gehen immer schneller auf den Markt, noch bevor sich die Mitarbeiter sicher sein können, ob das Produkt seinen Sinn erfüllt, ob es optimal entwickelt ist, und ob es nicht die Sicherheit gefährdet.)

- Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes

Diese Angst steigt seit den neunziger Jahren und mit ihr das Konkurrenzverhalten.

Die Mitarbeiter akzeptieren die persönlichen Folgen der gesteigerten Konkurrenz innerhalb des Betriebes und gegen die Arbeitslosen, die in die Betriebe drängen. Daß sie damit die Gefährdung der inneren Sicherheit in der Republik und damit ihrer eigenen Sicherheit sowie die ihrer Kinder akzeptieren, ist ihnen entweder nicht bewusst, oder sie vertrauen auf den Zufall, der einen anderen treffen soll als sie selbst.

Solidarität leistet sich nur derjenige, der kein abhängiges Arbeitsverhältnis besitzt.

- Fehlendes Bewußtsein für die Folgen unsozialen Handelns. Die Undurchschaubarkeit und mangelnde Transparenz des Funktionsmechanismus lassen nicht erkennen, daß man sich auf Kosten eines anderen bereichert. Auf dem Aktienmarkt ist nicht zu sehen, welche Folgen gewinnbringendes Handeln für einzelne menschliche Leben, Kommunen und ihre Umwelt hat.

Ebensowenig sieht ein Aufsichtsratsmitglied, oft nicht einmal der Personalchef, was in der Wohnung des eben entlassenen Mitarbeiters geschieht, der seinen Lebensinhalt allein in seiner Arbeit kannte. Der Personalchef handelt aus Funktions- und Zielzwang, ist nicht persönlich verantwortlich für sein Handeln.

Die Situation verglich ein Personalchef einmal mit der des Fliegers eines modernen Bombers, der den Schaden, den er anrichtet, nur auf dem Monitor verfolgt und sich beim Treffer längst nicht mehr über dem Zielpunkt befindet. Persönlich ist er nicht verantwortlich für sein Tun, er handelt auf Befehl und als Funktionsteil seiner Maschine.

Es ließen sich weitere Beispiele für den Vorzug des Konkurrenzkampfes gegenüber der Solidarität anführen, jedoch wird schon anhand dieser wenigen sichtbar, daß sich alle zurückführen lassen auf das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung und wirtschaftlichem Wohlstand bzw. auf die Angst um ihren Verlust.

Um sie zu gewinnen, wird der Schaden anderer, insbesondere der der anonymen Öffentlichkeit oder der Umwelt in Kauf genommen und sogar belohnt.

Diese Ängste und Bedürfnisse werden direkter vermittelt als die Bedürfnisse nach natürlicher Umgebung und Solidarität, bzw. Ängste um Umwelt und Solidarität, deren Auswirkungen weniger bewußt gemacht werden und langfristiger wirken.

Unsolidarisches Verhalten geschieht unter Zwang. Es handelt sich um (Sach-)Zwang der Spielregeln sowie dem zur materiellen Existenzsicherung.

Bis zu einer gewissen Grenze wird der Zwang bei entsprechender Belohnung akzeptiert. Die Grenze kann hinausgezögert werden, je unsichtbarer personelle, lokale oder zeitliche Folgen sind.

Auf dem Prinzip der Konkurrenz und der Belohnung des Konkurrenzverhaltens, der Siegerehrung nach dem Kampf, ist das System aufgebaut. Auch dort, wo Wirtschaften nichts mehr mit dem Lebensinteresse eines Menschen oder eines Großteils unseres Volkes zu tun hat, wird dieser Kampf weitergeführt als Spiel. Wirtschaften wird zum Selbstzweck und zur Selbstbestätigung.

Zur Befriedigung der Bedürfnisse nach Anerkennung und Wohlstand wie auch zur Selbstbestätigung und Befriedigung des Spieltriebes ließe sich ebensogut ein anderes Prinzip mit einem anderen Ziel vorgeben. Der homo oecologicus kann Freude auch an nicht-materieller Erfahrung entwickeln, wenn er - entgegen der moralisierenden Verzichtsethik - begreift, daß er dabei gewinnt.

## Werte

*Die Grundwerte, auf die sich die Gesellschaft stützt sind:*

*Freiheit und Würde des Individuums, Freiheit und Pflicht zum sozialen Verhalten, zur Demokratie. Ihnen sind weitere Grundwerte der Verfassung zugeordnet. Einlösen lassen sie sich nur durch Solidarität.*

Woher kommen diese Werte? Diese Frage zu beantworten ist wichtig, denn wenn sie fremdbestimmt oder von "oben" aufoktroiert sind oder ihre Herkunft unbekannt ist, impliziert das für Viele das Recht, sie zu umgehen. Nur wer Werte und Gesetze selbst mit festlegt, ihre Herkunft und Ursache kennt und/oder von ihrem Sinn überzeugt ist, wird sie befolgen, sich mit ihnen identifizieren und sie schützen.

Werte stützen sich auf Tradition, Kultur, auf Erfahrungen des menschlichen Zusammenlebens sowie auf bewußte Verträge zwischen autonomen Individuen. Von Werten glaubt eine Person aufgrund ihrer Erziehung, Erfahrung und persönlichen Entwicklung, daß sie von allen geteilt werden sollten.

Studien zeigen, daß viele Menschen weitaus bereitwilliger ihre Steuern zahlen, wenn sie davon überzeugt sind, daß ihre Steuerlasten gerecht verteilt sind, und daß die Steuergelder für legitime Zwecke eingesetzt werden.

Das umgekehrte Beispiel fanden wir bereits in der Verfassung der Weimarer Republik, die trotz ihrer Vorzüge nicht von den Bürgern mitgestaltet und somit nicht mitgetragen und vor faschistischen Tendenzen geschützt worden war.

Zur Akzeptanz von Werten und Gesetzen führen Aufklärung, Diskussion und Mitentscheidung.

Die Werte, die die Gemeinschaft pflegt, müssen ihren Bedürfnissen entsprechen.

Wo Interessen in Konflikt geraten, verlassen Individuen die Gemeinschaft auch dann, wenn sich das Individuum Repressalien ausgesetzt sieht. Eine Person unter Zwang versucht dem Zwang zu entgehen. Handlungen und Verträge müssen daher auf Freiwilligkeit beruhen. Personen müssen von ihrer Richtigkeit überzeugt sein. Personen, die von der Richtigkeit sozialen Verhaltens überzeugt sind, werden sich entsprechend verhalten, wenn sie nicht durch Verträge oder Geld zu unsozialem Verhalten gezwungen werden, oder wenn sie nicht durch Manipulation in den Glauben versetzt werden, sie schaden weder ihren noch fremden Interessen.

Von der Richtigkeit unsozialen Verhaltens ist niemand aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen und Erziehung überzeugt. Unsoziales Verhalten wird aus Unwissenheit begangen oder mit dem Hinweis auf Zwänge.

Dieser logische Kreis beweist, daß ein Bewußtmachen (Erziehung und Bildung) sowie die Entfernung der Zwänge (Hierarchie, Funktion, Existenzsicherung, Ansehen der Gesellschaft) "genügt", um Individuen sozial handeln zu lassen.

Das Recht ist in einer von uns gedachten Gesellschaft die Fortführung der Moral mit anderen Mitteln. Wenn Gesetze nicht auf der Grundlage der allgemeinen Zustimmung beruhen, also auf gemeinsamen Werten, werden sie untergraben und hintergangen.

Das Verhalten von Eigentümern privaten Kapitals, die ihr Eigentum durch Eingriffe des Staates oder Übergriffe durch Arbeitslose bedroht sehen, und die Steuer hinterziehen und Gesetzeslücken in dem Bewußtsein suchen, nicht unrecht zu handeln, kann als Beispiel herhalten.

Eine Änderung ihres Verhaltens kann nur durch Überzeugungsarbeit geleistet werden und durch Druck der Gemeinschaft unter Androhung ihres Imageverlustes. Die moralische Stimme und Werte sind stärker als Gesetze.

Was die demokratische Gesellschaft betrifft, so kann man sich nur über Millionen von Menschen wundern, die mit ihrem Streben nach immer mehr Konsumgütern zur Aufrechterhaltung einer Gesellschaft beitragen, in der die Vergötterung von Konsumgütern einen Affront gegen die grundlegenden Werte der Autonomie und sozialen Moral darstellen.

Es gibt Anzeichen dafür, daß viele dieser Individuen im tiefsten Innern ihres Selbst wissen, wie wenig ihr Konsumfetischismus mit Tugendhaftigkeit zu tun hat, aber entweder sind sie sich der sozialen Alternativen nicht bewußt oder ihrem gegenwärtigen Lebensstil derartig verhaftet, daß sie nur durch einen Anstoß von außen von ihm abzubringen sind.

### *Existenzsicherung*

Bei gleichen ökonomischen Bedingungen entscheiden Werte darüber, ob Menschen sich solidarisch oder konkurrierend verhalten, ob Eltern ihre Zeit und ihre Ressourcen für ihre Kinder aufbringen, oder ob sie sie für den Erwerb von Konsumgütern oder ihre Karriere verwenden.

Auch bei ungleichen ökonomischen Bedingungen wird nicht jeder den höchstbezahlten Beruf ergreifen, sofern mit ihm nicht zugleich höchstes gesellschaftliches Ansehen verbunden ist.

Werte entscheiden über die Art der Tätigkeit, wenn die Existenz gesichert ist.

Es ist unerläßlich, den grundlegenden Bedürfnissen der Mitglieder einer Gemeinschaft Beachtung zu schenken. Wenn z.B. ihre Sicherheit nicht gewährleistet ist, neigen sie zum Ruf nach härteren polizeilichen Maßnahmen und schließlich nach dem starken Mann.

Sich um die grundlegenden Bedürfnisse zu sorgen, macht es umgekehrt erforderlich, daß die Mitglieder einer Gemeinschaft ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Andernfalls verfügt die Gesellschaft weder über die notwendigen Ressourcen noch über die Loyalität ihrer Bürger, um eine soziale Ordnung aufrecht erhalten zu können.

Dies bedeutet konkret, Steuern zu zahlen, gegenseitig auf Kinder aufzupassen, sich um ihre Erziehung und Ausbildung zu bemühen, sich um Alte zu kümmern. Wer diese Aufgaben abgibt, entledigt sich nicht nur der Pflicht, sondern macht sich abhängig. Er schränkt damit seine Freiheit ein.

Wer die starke Stellung individueller Rechte und die Freiheit schützen will, der muß sich um die grundlegenden Bedürfnisse der Mitglieder einer Gemeinschaft sorgen.

Kein Staat ist imstande, diese notwendigen Dinge allein zu leisten.

Außerdem begeben sich die Mitglieder in Abhängigkeit des Staates.

Die Freiheit jedes Bürgers steigt in dem Maße, in dem er sich selbst um die soziale Ordnung bemüht. Soziales Verhalten und Verantwortung steigert Freiheit. Individuelle Freiheit wird also nicht eingeschränkt durch Solidarität und soziale Ordnung.

## **Freiheit des Individuums und gesellschaftliche Verantwortung**

Warum schließen sich die Freiheit des Individuums und seine Verantwortung für andere Menschen in der Gesellschaft nicht aus?

Das Wohl des Menschen besteht, das zeigt allein die Nennung und bildliche Füllung der Begriffe Gesundheit, Umwelt, Muße, etc., sicherlich nicht im Geld. Geld ist ein Abstraktum, das fälschlicherweise zu einem Gott avancierte. Geld war ursprünglich nichts weiter als ein Tauschwert. So soll es bleiben.

Das Wohl des Menschen besteht in seiner Freiheit, zu tun, was er will, um sich selbst zu verwirklichen. Konkret gesagt besteht das Wohl des Menschen in einer Versorgung, einer gesunden und schönen Umwelt, kreativer Tätigkeit, Produktivität mit Kopf und Händen, Ansehen, Freundschaft, Liebe, körperlichem und geistigem Genuß. Je nach persönlichen Bedürfnissen sowie Erziehung und Beeinflussung variiert Art und Maß.

Dieser Mensch mit seinen Bedürfnissen soll also im Zentrum unseres Handelns stehen. Um seine Bedürfnisse zu befriedigen, ist er erstens dazu gezwungen, etwas dafür zu tun, und er tut es erfahrungsgemäß gern, zweitens ist er dazu gezwungen, mit anderen zusammenzuarbeiten, ansonsten müßte er auf soziale Kontakte und Hilfe zur Befriedigung seiner Bedürfnisse verzichten.

Der Mensch, der allein auf der Welt wäre, wäre nicht freier, als der sozial abhängige Mensch.

### *Das Prinzip der gegenseitigen Hilfeleistung und Arbeitsteiligkeit*

Daß meine Freiheit sich mit der Freiheit der Gemeinschaft erhöht und soziales Verhalten und Verantwortung meine Freiheit nicht nur einschränkt, ist relativ leicht einzusehen, wenn ich mir nur einmal die Zeit nehme, dem Gedanken bis zu seinem Kern zu folgen: Meine Freiheit ist von Natur aus, von meiner persönlichen und naturbedingten Schwäche aus, recht begrenzt. Ich wäre bereits im Kindbett gestorben, wenn sich nicht Eltern, Hebammen, Ärzte um mich gekümmert hätten; aus mir wäre nichts geworden, wenn ich nicht Lehrer gehabt hätte; ich könnte nicht arbeiten gehen, wenn sich keine Kindergärtner um mein Kind kümmern, könnte diesen Essay nicht schreiben, wenn nicht gleichzeitig jemand den Kaffee und die Schokolade produzieren würde, die ich dazu brauche, und ich könnte heute abend nicht ins Theater gehen, wenn sich nicht jemand um Kunst und Kultur bemühte; ich werde als alter Mensch früh sterben, wenn mich Kinder, Verwandte und Freunde in der Einsamkeit verenden lassen

und sich Ärzte und Pfleger nicht um meinen hinfälligen Körper kümmern.

Nach dieser Einsicht ist die Arbeitsteilung entstanden.

Nach der Arbeitsteilung mußte man einsehen, daß der Mensch unzufrieden wird, wenn er nur eine einzige Tätigkeit verrichten darf.

Unzufrieden oder/und ungesund lebt auch der Mensch, der sich allein der Muße hingibt oder zur Muße gezwungen wird.

Wer nicht produktiv und kreativ sein darf, nutzt seine Kreativität für Sinnloses oder Sinn Zerstörendes, wird destruktiv gegen sich und andere.

Über diese Erkenntnis erzählen unzählige Romane des 19. und Filme des 20. Jahrhunderts; es ist also keine neue Erkenntnis.

Die Freiheit, Verschiedenes zu tun, zu lernen und in Muße zu genießen, habe ich nur, wenn andere dabei helfen und mitmachen.

Die Grenze meiner Freiheit, alles zu tun, ist da, wo die Freiheit und das Leben des anderen (der mir schließlich helfen soll) anfängt.

Wenn ich meine Freiheit auf Kosten der Freiheit eines anderen ausweite, wenn ich ihm zu große Pflichten auferlege, mir zu große Rechte zugestehe, wird der andere nur so lange mitmachen, wie ich ihn entlohne oder manipulieren kann. Wenn sein Beharren auf Werte, Moral, Freiheit und Unabhängigkeit wächst, wird sein Mitmachen irgendwann nicht mehr bezahlbar sein. Es bedarf also einer ungefähr gleichen Verteilung von Freiheiten, Rechten und Pflichten sowie Werten.

Je höher der Grad der Entwicklung, des Fortschritts und des Wohlstands, desto abhängiger bin ich von der Hilfe des anderen. Die Alternative hieße: zurück zur Natur. Also weit zurück hinter den Stand der Entwicklung, Forschung, des Wohlstands.

Wenn ich von jemandem Hilfe erwarte, dann muß ich dafür bezahlen, egal, ob es sich Alten- oder Krankenpflege, Schutz, Zeit, Beratung, Know How, Poolreinigung, Bodenschätze oder materielle Güter handelt.

Bezahlt wird je nach Art der Hilfe mit Geld, Naturalien, Stimmen, Macht, Zeit, Leben. Selbstverständlich kann ich versuchen, die Bezahlung zu umgehen. Daß dies nicht tugendhaft und moralisch erscheint, bestimmen Werte, die auf Tradition, christlicher Religion, Erziehung und Erfahrung beruhen.

Daß sich diese Werte verschoben haben, können Sie am Lächeln ablesen, das Ihnen gezeigt wird, wenn über erfolgreiche Steuerhinterziehung, Kapitalflucht, kleiner Betrug beim Auto- oder Kameraverkauf geredet wird.

Zur Hälfte ist das Lächeln entschuldigend, denn jeder erkennt diese Werte zwar an, aber gehandelt wird nicht mehr danach. Manchmal wird das Lächeln zum lauten Lachen über die Naivität oder Dummheit des Übervorteilten. "Wenn der so dumm ist," heißt es, "dann hat er es nicht

besser verdient." Daß der Übervorteilte so dumm ist, weil der kleine oder große Betrüger ihm Informationen vorenthält, wird meist nicht weiter bedacht.

Die Dummheit oder Naivität entspringt oft einem Informationsdefizit und einem Vertrauensvorschuß "Das kann der doch nicht mit mir gemacht haben. Das ist doch ungerecht".

Manchmal ist dem anderen nicht bewußt, was er getan hat. Er ist sich der Folgen seines Handelns nicht bewußt und glaubt seinem Recht nach zu handeln oder handelt tatsächlich rechtmäßig, das heißt nach dem Gesetz, was nicht dasselbe heißen muß wie nach der Moral.

Unmoralisches Handeln wird heute belächelt statt laut stigmatisiert. Wer sich unmoralisch, und das heißt unsolidarisch verhält und seinen Vorteil daraus zieht, der gilt als besonders schlau, wenn nicht gar als intelligent.

Intelligenz wird nicht nutzbar gemacht für moralische, solidarische Zwecke.

### *Bewußtseins-, Wissens- und Moraltransfer*

Ein Spitzensportler regte sich laut über zu hohe Steuern auf. Leise erzählte er, wie er versucht hatte, sie im Ausland für sich zu bewahren und für sich zu sparen. Laut fluchte er über die Strafe, die er für den Versuch erhielt.

Sein Gegenüber sagte: "Du bist auch dumm, daß du dich erwischen läßt. Ich geb' dir mal das Kärtchen von meinem Anwalt." Er sagte nicht: "Du bist auch dumm, so etwas zu tun. Hast du nicht bedacht, daß du dir langfristig selbst schadest?" Wieso?

Nicht bedachte der Spitzensportler, daß er ein Vielfaches von dem einnimmt, was einer seiner Fans mit einem Aufwand an ebensoviel Zeit, Kraft, Mühe und Tränen, aber mit weniger Talent, Erfolg und Freude an der Arbeit verdient.

Auch wußte der Sportler nicht, daß dieser Fan demnächst seine Eintrittskarte fürs Stadion nur noch mit Sozialhilfe bestreiten kann, weil er seinen ungeliebten Beruf verliert, weil die Firma, für die er arbeitet, dieselbe übrigens, für die der Spitzensportler während des Spiels Reklame läuft, den Mitarbeiter entläßt, um mehr Gewinn zu erzielen.

Wüßte der Spitzensportler um diese Zusammenhänge, würde er entweder sagen: "Persönliches Pech. Oder der ist selbst schuld. Vielleicht hat er kein Talent, oder es liegt woanders," oder "Wenn das so ist, würde ich ihm lieber gleich meinen Verdienst spenden, statt Steuern für seine Sozialhilfe zu zahlen. Das ist direkter, da weiß ich, wo mein Geld bleibt."

Unser Spitzensportler könnte direkt auf einen Teil seines Einkommens verzichten und die Einkommen der anderen Tätigen erhöhen. In unserem

speziellen Beispiel könnte er direkt in die Kasse des Arbeitslosen zahlen. Der Würde, der Unabhängigkeit und dem Ansehen des Arbeitslosen wäre damit noch nicht gedient, aber Gerechtigkeit würde dann auf direktem, für ihn sichtbarem Wege hergestellt. Jedoch nur, wenn die Gemeinschaft, wie die der zwei, klein und überschaubar ist. Sie ist aber bundesweit, europaweit, international, global; groß und unüberschaubar. Umso schwieriger wird es, Solidarität zu empfinden, die Kapitalflüsse zu überschauen und zu verfolgen, wo mein Geld bleibt, das ich gerne geben will und wo das Kapital, das ich mit erwirtschaftet habe, zu dem ich aber keinen Zugang habe. Um dies zu erreichen, muß die Bürgerbeteiligung an allen öffentlichen Angelegenheiten steigen. Der Bürger verbindet sich föderal mit jedem anderen Bürger und bildet Gemeinschaften, die sich wieder föderal mit anderen Gemeinschaften vereinigen. Das föderalistische Prinzip muß so gestaltet sein, daß jede Gemeinschaft mit jeder vernetzt ist, von der Kommune über die Region, das Land, den Bund, den europäischen Staatenbund bis zum Globus. So wie der Bürger die direkte Steuer für die Kommune mitverfolgt, beobachtet die Kommune den Steuer- und Kapitalfluß ihrer Abgabe an den Bund und sieht die Bedürfnisse der Kommune vertreten.

Das führt so weit, daß die Kommune erkennen kann, ob globales Wirtschaften und Handeln kommunales Leben und lokale Umwelt gefährdet oder sichert und schützt.

Daher ist es auch sinnvoll, daß Kommunen Steuern erheben und direkt verwenden. Steuern einer Kommune sind wie Mitgliedsbeträge eines Sportvereins. Jeder hat mittel- oder unmittelbar etwas davon.

Die Föderation der Kommunen könnte dann im zweiten Schritt für weitere Verteilung (und eventuell Erhebung) sorgen. Erhebung und Verteilung also von unten nach oben, statt von der Zentrale abwärts. Die Zentrale erkennt nicht unbedingt, welche Bedürfnisse bestehen, welche Leistungen erbracht werden können, und sie ist schwer zu kontrollieren.

Die Vereinfachung des Steuersystems macht Kontrolle wie auch Akzeptanz leichter.

Die Gemeinschaft der Gemeinschaften ist überschaubarer.

Global ist die Wirtschaft weiter entwickelt als das soziale Verhalten, die sozialen Standards, weil die Wirtschaft vernetzter ist durch Zentralisierung, Monopolisierung, Personalunionen und Wissens- und Informationsvorteil. Aufgrund ihrer finanziellen und damit ihrer personellen Stärke ist ihr Wissensanteil höher als der der Politik, der Bürger, des sozialen und öffentlichen Bereiches.

Der soziale Standard, das soziale Verhalten sind in Europa, global und in der Wirtschaft unterentwickelt. Daraus entspringt die Forderung, das soziale Wissen, soziale Fähigkeiten zu erhöhen. Und zwar von unserem beispielhaften Spitzensportler bis zu einem supranationalen Europa und

einer Welt, das und die nicht auf nationalen Interessen fußt, sondern auf dem Wert der Solidarität, des welfare - Gedankens und der Fairneß.

Unser Spitzensportler kann aber auch dabei bleiben: "Pech für den anderen, oder seine eigene Dummheit. Das ist nicht mein Problem, nicht mein Zuständigkeitsbereich." Was passiert, wenn er auf seinem Recht beharrt, seiner Stärke auch langfristig vertraut und alles beim Alten bleibt, womit er gut fährt? Spielen wir das Szenario der zukünftig möglichen Entwicklung durch.

Was passiert, wenn er weiterhin sagt: "Ich habe das Recht, alles zu verbrauchen, was ich bekommen kann. Es ist Sache des Staates, für den da zu sorgen oder ihn zu zwingen sein Glück zu machen."

Daß der Spitzensportler sich auf sein Recht und seine eingeschränkte Funktion innerhalb der Gesellschaft beruft und soziale Zuständigkeit von sich weist, wird ihm spätestens dann teuer zu stehen kommen, wenn er für seine Sicherheit im Stadion bezahlen muß, weil unser Ex-Mitarbeiter jetzt zum frustrierten Arbeitslosen geworden ist und sich und die innere Sicherheit gefährdet.

Sie werden einwenden, daß der Spitzensportler genug Geld haben wird, sich schützen zu lassen.

Das allerdings schränkt seine Bewegungsfreiheit ein. So wie er sein Geld ins Ausland transferiert, kann er seinen Wohnort wählen, wo Gleiche unter Gleichen und geschützt sind. Vielleicht möchte er sich jedoch überall frei bewegen können und wünscht dasselbe für seine Kinder.

Sie werden weitere Einwände gegen das Beispiel haben: Arbeitslose gefährden nicht die innere Sicherheit, weil sie sich in der Regel nicht aggressiv, sondern passiv verhalten, sich in die Isolation zurückziehen, sich selbst aufgeben. Daher fehlt immer mehr die Fähigkeit, sich selbst zu helfen, aktiv für seine Rechte einzutreten und sich einen neuen Beruf zu suchen.

Auch der beispielhafte Sportler ist Ihnen vielleicht zu moralisch oder zu unmoralisch. Beide Möglichkeiten sind enthalten. Sie können jeden anderen Bürger einsetzen. Ich wählte gerade diesen erstens der Anschaulichkeit halber, zweitens, weil er höchstes gesellschaftliches Ansehen genießt, und drittens, weil ich den Sportler gerade beim Frühstück im Café getroffen habe.

Die Verantwortung auf den Staat zu schieben, ist möglich. Der Staat bezahlt stellvertretend. Es fragt sich nur, wovon? Von welchen Steuergeldern, wenn nicht von denen unseres Spitzensportlers? Von dem arbeitslosen Ex-Mitarbeiter ist nichts mehr zu erwarten. Von der Firma, die ihn entließ auch nicht. Sie droht ins Ausland abzuwandern, wenn ihr nicht Steuern und Lohnnebenkosten erlassen werden. Im Gegenteil, sie verlangt

Subventionen, um Mitarbeiter zu halten, auf die sie rein marktwirtschaftlich gerechnet verzichten kann und muß. Ihre Gewinne steigen seit seiner Entlassung. Sie ist jedoch nicht bereit, den gestiegenen Gewinn an den Entlassenen bzw. an den sozialen Bereich oder den Staat abzuführen, sondern beharrt auf ihrem Eigentumsrecht ohne Überlegung, daß dieses Eigentum ohne Kaufkraft und ohne menschliche Erfindungs- und Entwicklungskraft nicht produziert worden wäre, ohne die Überlegung, daß dieses Eigentum vom Schaden anderer lebt.

Sie beruft sich auf das Grundrecht des Schutzes des Eigentums, mißachtet aber gleichzeitig das Grundgesetz, das da lautet, daß Eigentum verpflichtet. Stattdessen kann die Firma den Druck auf den Staat steigern, indem sie mit Abwanderung droht und Subventionen fordert.

Zusätzlich steigt der Druck der Arbeitslosen, die zunehmend die innere Sicherheit gefährden, oder zumindest die öffentlichen Kassen belasten. Dadurch steigt der Druck der Mitarbeiter, die nicht mehr bereit sind, noch mehr Steuern zu zahlen, der Druck des Sportlers, der in die Klage einstimmt und zudem noch über seine mangelnde Sicherheit klagt.

Den Schuldigen finden sie alle im Arbeitslosen. Ein gewichtiger Arbeitgeber eines globalen Konzerns nannte die Arbeitslosen "Wohlstandsmüll". Er hat sein eigenes Fehlverhalten auf einen anderen zu übertragen versucht. Wer dieses Essay gelesen hat, weiß spätestens jetzt, wer wirklich als "Wohlstandsmüll" zu bezeichnen ist. Durch die Öffentlichwirksamkeit der Worte dieser hochgestellten Persönlichkeit, seines Einflusses auf die Medien und die öffentliche Meinung, findet diese den Schuldigen im Arbeitslosen als den nächstliegenden. Weiter reicht und braucht ihr Suchen und Denken nicht reichen als bis zu ihm, der sichtbarer ist als das anonyme System, welches seine Arbeit nicht mehr braucht, ihn aber auch nicht für die Übernahme öffentlicher oder sozialer Tätigkeiten und seine Kaufkraft bezahlen will. Offensichtlich ist nur, daß er nicht zahlt für das, was er bekommt. Er ist leicht angreifbar, dessen Interessen keine Lobby vertritt, der keine Informationskanäle besitzt, über die er seine Perspektive erklären könnte. Er kann weder manipulieren noch drohen, weil er ein Handeln in seinem Sinne weder mit Geld noch mit Stimmen bezahlen kann.

Das letztere ändert sich, wenn Parteien sein Stimmpotential entdecken. Die Situation ändert sich auch, sobald Arbeitsplatzbesitzende sich mit Arbeitslosen solidarisch erklären, das bedeutet, sich mit ihnen identifizieren als Bürger, denen dasselbe zugemutet werden kann und/oder die mitschuldig an der Arbeitslosigkeit sind, weil sie sich weigern, neue Arbeitsorganisationen zu versuchen. Die Situation ändert sich, wenn wir Bürger entdecken, daß der Arbeitslose die Sozialkassen nicht belastet sondern mitträgt, wenn man ihm die Chance zur Arbeit gewährt oder ihn direkt im sozialen Bereich tätig werden läßt.

Dies ist die Musik einer nicht allzu fernen Zukunft. Noch aber steigt die Konkurrenz zwischen Arbeitslosem, Arbeit besitzendem, Nationen. Die benachbarten Nationen bieten dem Sportler und der Firma mehr. Bis zu einem gewissen Grad ist diese Konkurrenz für die Firma und den Sportler, den Kapitaleigner gewinnbringend. Dann kippt die Situation zur Gefahr für ihre innere Sicherheit, für Umwelt, Ruhe und Gewissen.

Der Staat steht dann vor der Alternative: Die innere Sicherheit durch Polizeischutz oder durch höhere Sozialleistungen, die Arbeitslose, zukunftslose Jugendliche und politisch anders Denkende stillhalten, zu sichern oder in die Zukunft, in die Jugend, ihr soziales und ökologisches Umfeld zu investieren.

Wie und wie lange können die Unzufriedenen und Ängstlichen ruhig gehalten werden? An dieser Stelle befinden wir uns zur Zeit. Wir befanden uns schon einmal hier, und auch andere Länder haben hier ihre geschichtlichen Erfahrungen oder machen sie gerade.

Manche Länder bildeten oder bilden einen Polizei- oder Militärstaat oder eine andere autoritäre Gruppe, die die diktatorische Macht übernimmt. Diese Macht zeigt der Furcht, Selbsterstörung und Aggression der Arbeitslosen und um ihren Arbeitsplatz Besorgten ein Angriffsziel ihrer Furcht, einen Feind, auf den sich die Kräfte des Einzelnen und der Wirtschaft, die im Binnenmarkt zu wenig Absatz findet, weil die Kaufkraft mit Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen sinkt, richten können. Die Wirtschaft profitiert, und da sie die stärkste Macht darstellt und somit die Politik bestimmt, unterstützt sie den Weg, solange er Gewinn bringt. Denn auf dieses Ziel ist ihr Handeln gerichtet. Menschen werden eingestellt, Ruhe und Ordnung und Glück über eine Aufgabe, die staatlicher-, politischer- und wirtschaftlicherseits anerkannt ist, werden wieder hergestellt. Das Problem ist jetzt nach außen verlagert.

Was aber, wenn kein Feind mehr da ist in einem vereinten Europa der Kulturen, in einer globalen Gemeinschaft von Völkern und Nationen? Wohin mit den überschüssigen Kräften, wo die Menschen beschäftigen? Wie die innere und äußere Ruhe und Sicherheit herstellen und wahren?

Die Antwort lautet: In Aufbau und Entwicklung der sozialen und ökologischen Standards und Arbeitsfelder.

Kräfte, Energien, Intelligenzen auf das Miteinander und Füreinander konzentrieren statt auf die gegenseitige Vernichtung. Damit der Wissens- und Informationsstand, Stand der Entwicklung, Technik, des Know Hows, im ökologischen und sozialen Bereich solches Wachstum erfährt, wie auf seiten des Kapitals. Damit sich Bürger der eben beschriebenen gesellschaftlichen Situation und Entwicklung bewußt werden, sie überschauen und einschätzen können, mit Lösungen statt mit Isolation, Ohnmacht oder blinder Wut darauf reagieren können, notfalls die Richtung ändern können, Konflikte ausgleichen, beilegen, beschwichtigen können,

das Abdriften der moralischen Werte kontrollieren können, ihre eigenen Interessen kennen, Unwissenheit beheben können, und um Solidarität lehren zu können.

Soziale Sicherheit und gesunde Umwelt bedingen, daß sich das Individuum frei bewegen kann. Um frei zu sein, muß das Individuum also soziale und ökologische Pflichten erfüllen. Dazu muß der Bürger, und mit Bürger ist jedes Individuum in welcher Funktion auch immer gemeint, informiert, verantwortungs- und handlungsbewußt, solidarisch und frei sein. Frei auch, auf Werte und Gewissen zu hören und zu reagieren.

Halten wir noch einmal fest, was passieren sollte:

- Bürgerkontrolle und Bürgermitbestimmung über Steuer- und Kapitalflüsse
- Wissens- und Moralaustausch
- Stärkung des Wertes Solidarität
- Ausbau des sozialen und ökologischen Arbeitsbereiches

### *Kapital-, Arbeits- und Zeitverteilung*

Warum so kompliziert, wenn es auch einfach geht?

Mit Anführung von Sachzwängen habe ich nun meinen Beispielsportler davon überzeugt, Steuern zu zahlen, wenn er selbst verfolgen kann, wo seine Steuergelder bleiben. Das Erkennen, wozu Steuern verwendet werden sowie die Erkenntnis, daß Solidarität und gegenseitige Hilfeleistung in seinem eigenen Interesse liegen, veränderte seine Präferenz. Der Wert der Solidarität erhielt das Primat vor der Ansammlung von Kapital. Unser Sportler erkannte, daß Kapital nicht mehr Wert ist als Sicherheit, gesunde Umwelt, Bewegungsfreiheit usw., er verstand, daß Kapital nicht mehr Sinn und Zweck für das Individuum bedeutet als diese scheinbar so abstrakten Werte. Denn das materielle Bedürfnis unseres Sportlers ist längst gedeckt. Wirtschaften hat für ihn und unsere Wirtschaft nichts mehr mit Lebensinteresse zu tun. Wirtschaften ist vielmehr zum Selbstzweck und zur Selbstbestätigung geworden. Selbstbestätigung und gesellschaftliches Ansehen ließe sich jedoch auch auf anderem Wege erlangen, wenn sich die Präferenzen der Gemeinschaft änderten und der Wert der Solidarität und Demokratie stärker in den Vordergrund drängten.

Die Solidarität unseres Sportlers ging so weit, daß er bereit wäre, dem Arbeitslosen seinen Gehaltsüberschuß auch direkt zu bezahlen. Er weiß, daß der Arbeitslose unschuldig an seiner Arbeitslosigkeit ist, da er dem Rationalisierungsprozeß unterlag. Es ist einfach nicht genug Arbeit vorhanden. Dank der technischen und strukturellen

Rationalisierungsmöglichkeiten wird dennoch genug Kapital erwirtschaftet, so daß unser Arbeitsloser gar nicht mehr arbeiten braucht, wenn des Sportlers, des Kapitaleigners Solidarität so weit geht, daß er bereit zur Verteilung seines steigenden Kapitals ist.

Können wir dann nicht das gesellschaftliche Problem einfach durch Umverteilung lösen?

Nein.

Denn durch schlichte Verteilung wird kein Wachstum, keine Produktion und keine Dienstleistung erreicht. Dies alles würde erlahmen. Das Defizit im ökologischen und sozialen Leistungsbereich wäre nicht ausgeglichen; Investitionen würden noch mehr einschlafen. Es soll und muß investiert und produziert werden, um Leistung und Wohlstand zu erlangen. Jedoch sollen und müssen Investition und *Produktion unter dem Primat des Nutzens für Menschen und ihre Umwelt* getätigt werden anstatt wie bisher, erstrangig zur Gewinnmaximierung als Selbstzweck. Produktion hat nicht angebots- sondern nachfrageorientiert zu sein.

Umverteilung allein bewirkt zwar gleichmäßigen Wohlstand, aber nur auf Zeit und vor allem bewirkt sie nicht gleichmäßige Freiheit. Umverteilung allein steigert die soziale Abhängigkeit des Arbeitslosen, der jetzt von der Solidarität des Kapitaleigners abhängig ist, bzw. vom Staat als Verteiler. Almosen steigern die Passivität, die Selbstlähmung und Selbstaufgabe, schwächen das Selbstbewußtsein und das Ansehen in der Gemeinschaft.

Geld allein, so hatten wir festgestellt, befriedigt nicht die menschlichen Bedürfnisse. Ansehen, Würde und Freiheit des Individuums sind notwendig.

Nicht nur die Freiheit des Almosenempfängers wird eingeschränkt, sondern auch die desjenigen, der die steuerliche Belastung zu erarbeiten hat. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die nicht mehr arbeiten brauchen, weil sie nicht mehr gebraucht werden und von Almosen leben, auf der anderen Seite diejenigen, die die Almosen erwirtschaften. Ihr politischer Einfluß ist größer, weil die anderen sozial abhängig von ihnen sind; aber ihre Freiheit zur Muße sinkt.

Zur Verteilung von Kapital muß sich die Verteilung der Arbeit gesellen.

Die Freiheit des reinen Müßiggängers und des Almosenempfängers ist eingeschränkt, die Freiheit des allein Erwirtschaftenden ebenfalls. Denn Freiheit ist kein Absolutum, sondern verbindet sich mit einem "zu" und einem "von".

Die Freiheit des Menschen bedeutet:

- Freiheit zur Arbeit wie auch Freiheit von Arbeit
- Freiheit zur Muße wie auch Freiheit von erzwungener Muße
- sein Entscheiden und Handeln selbst zu bestimmen ohne Zwang und Manipulation
- Freiheit zu tun, was er will, bis an die Freiheit des Nächsten

- Freiheit, sich zu bilden und zu informieren
- Freiheit, sich seinen persönlichen Anforderungen entsprechend zu entwickeln, sich seinem persönlichen Ideal anzunähern
- Freiheit, seine persönlichen Ideale, Forderungen, Werte zu entwickeln
- Freiheit, sich solidarisch zu verhalten, ohne selbst darunter zu leiden, sondern seine Befriedigung darin zu finden.

Die Freiheit des Menschen steigt nicht dadurch, daß er sich alles erarbeitet und dann in solchem Überfluß lebt, daß er stolz darauf sein kann, anderen zu geben. Das könnte für einzelne Individuen das Ideal sein. Sie sollten nicht daran gehindert werden, es zu erfüllen. Allerdings wird man sie über viel Arbeit klagen hören und über die Faulheit der Almosenempfänger. Daraus spricht das Bedürfnis nach Muße oder nach Tätigkeiten, die "nichts bringen". Der Almosenempfänger wie auch der gut versorgte junge Mensch sind ebenso unglücklich. Ihnen mangelt es an Ansehen und an kreativer Beschäftigung. Wenn man sie nicht produzieren läßt, werden sie aus lauter Langeweile oder Verzweiflung anfangen, destruktiv zu sein, auch wenn sie noch so gut versorgt sind.

Was hier hilft, ist offensichtlich eine gleichmäßigere Verteilung der verschiedenen Tätigkeiten. Dies ist aber oft schwer zu realisieren in einer Gesellschaft, in der es sehr spezialisierte Fachleute gibt, die sich bis zum Herzinfarkt überarbeiten und auf der anderen Seite Arbeitslose, die ihren Herzinfarkt durch sozialen Streß erleiden.

Arbeitsverteilung wird noch wenig diskutiert, wo gewisse Ziele ebenfalls stillschweigend festgeschrieben sind, als da sind: höchstmögliches Wachstum, Wettbewerb, Produktivität. Außerdem ein Menschenideal, dem nichts Humanistisches eigen ist: das Ideal eines überarbeiteten Managers, auf Kalkül und Karriere bedacht.

Arbeitsverteilung setzt Kapitalverteilung voraus. Kapital ist im privaten Bereich vorhanden. Es fehlt im öffentlichen Bereich. Vor allem im Bereich Soziales, Kunst und Kultur, Bildung. Alle die Bereiche, die durch Steuern getragen werden, die der private Bereich nicht zahlen will. Es hat nur bedingt Sinn, ihn zu zwingen. Auch das ist nötig. Je reicher er aber ist, desto eher findet er Hilfe und Know how, wie Steuern zu sparen und zu umgehen sind, wie man sich aus der öffentlichen Pflicht und Verantwortung herauszieht.

Es muß eine Überzeugungsarbeit stattfinden, moralischer Druck ausgeübt werden. Dies funktioniert einmal durch die Mitarbeit aller anderen Individuen und Institutionen der Gemeinschaften der Gemeinschaft.

Zum anderen funktioniert es, indem jeder nachvollziehen kann, wohin seine Steuergelder fließen.

Zeigen Sie mir den Aktionär, den Unternehmer, den Manager, der nicht bereit wäre, Steuern für Schulen und Universitäten, Krankenkassen und

Arbeitslosenkassen zu zahlen. Besonders aber dann, wenn die Möglichkeit besteht, daß seine eigenen Kinder einmal auf dieselbe Schule, dieselbe Universität gehen oder sogar abhängig werden könnten von sozialen Kassen. Werden sie aber nicht, werden Sie mit Recht einwenden. Solange es private Bildungseinrichtungen neben öffentlichen gibt, solange es private Versicherungen neben öffentlichen gibt, werden die privaten besser ausgestattet sein als die öffentlichen.

Entweder wir privatisieren alles, dafür spricht einiges. Dagegen spricht, daß schwache Minderheiten aus unserer Gemeinschaft ausgeschlossen werden, die wir entweder mit "durchziehen" müssen, weil sie keine Chance haben aufzusteigen, oder wir entfernen sie sofort. Auf welche Weise das geschehen soll, überlasse ich Ihrer Phantasie. (Die hoffentlich in dieser Hinsicht nicht sehr weit reicht.)

Exakt an dieser Stelle endet die Freiheit des Individuums, nämlich dort, wo das Prinzip der gegenseitigen Hilfeleistung innerhalb der menschlichen Gemeinschaft verletzt wird und hinter das Niveau anderer Gattungsgemeinschaften zurücktritt, die bemüht sind, die Art und ihre Gemeinschaft zu erhalten, indem sie einzelne Individuen schützen.

Absolute Freiheit läßt kein gemeinsames Leben zu. Freiheit, die ich meine, geht bis an die Grenzen der Freiheit des Nächsten. Der Nächste und ich, wir wollen einige Regelungen treffen, damit wir uns das Leben leichter machen.

Dazu gehört die Arbeitsteilung, die (Arbeits- und Frei-) Zeiteilung, die Gewinn- oder besser Konsumteilung, die Teilung von Pflichten und Rechten, Freiheit und Verantwortung.

Grundlage aller Regelungen ist der Wert der Solidarität oder des sozialen Verhaltens.

Daraus folgt unter anderem: Wenn mein Nächster einmal nicht arbeiten kann, oder nie mehr, lasse ich ihn nicht verhungern, sondern sorge für ihn, weil dies zu meinen tradierten und erfahrenen Werten zählt.

Was mich heute noch hindert, ist die Anonymität unter den Individuen, die Distanz zur Gemeinschaft, die Erziehung zu Konkurrenz und Ich-Bezogenheit, der die positive Konnotation 'Individualismus' angekleidet wurde. Die positive Konnotation läßt außer Acht, daß der 'Individualist' sehr wohl Zwängen ausgesetzt ist, nämlich den Zwängen des Marktes.

Die Anonymität läßt die Folgen des Nicht-Einhaltens der Werte und Regeln nicht in direkter Folge sichtbar werden. Abhilfe kann Erziehung zu selbst- und gesellschaftsverantwortlichen Menschen leisten sowie die Teilnahme an der Gestaltung der Gemeinschaft.

Die Gemeinschaft funktioniert nur unter der Bedingung der gegenseitigen Hilfeleistung. Wenn der Nächste also nicht mehr arbeiten kann, gebe ich ihm so viel von meinem Gewinn und meiner Zeit ab, wie er braucht, um

ein würdiges Leben zu führen. Er wird immer so viel arbeiten wollen, wie er schafft, denn das zählt zu *seinen* tradierten und erfahrenen Werten.

Auch ihn hält von sozialem Verhalten die Anonymität und das Fehlen von Verantwortlichkeiten zurück.

Wo jemand freiwillig arbeitet für sich und seine Familie und seine direkten Freunde, schafft er so viel, wie er kann und wie getan werden muß. Man hat nicht das Gefühl, 'anderer Leute Arbeit' zu tun, sondern identifiziert sich mit *seiner* Arbeit. Man geht nicht zur Arbeit, die Arbeit kommt zu einem.

Arbeiten, um Geld zu verdienen, um leben zu können - das geht um zwei Ecken. Arbeiteten wir direkt für das, was wir wollen, so arbeiten wir nicht nur für materielle Güter, sondern für Bildungs- kulturelle, soziale Einrichtungen, schöne, gesunde Umwelt, Infrastruktur, Sicherheit, die nicht durch Neid und Ungerechtigkeit bedroht wird.

Das ist ungefähr so, als arbeiteten Sie in ihrem eigenen Gemüsegarten und Stall, aus denen sie sich ernährten, oder als bauten Sie Ihr Traummotorad zusammen, oder als schüfen Sie ein Kunstwerk oder einen Dichtwerk: Sie arbeiten hart, manchmal mehr als die acht Stunden, fluchen viel, manchmal weinen Sie, manchmal sind Sie befriedigt. Aber wenn Sie es beendet haben, dann sind Sie überglücklich.

Arbeit zum erkennbaren Zwecke der Gemeinschaft ist Glück. Lebensqualität steigt mit einer Art der Arbeit, die auf mehr oder minder direktem Wege zur Realisierung von direkten Werten geleistet wird.

Daraus entspringt die Forderung, daß sich jeder bewußt wird, wozu er arbeitet, was das Ziel seiner derzeitigen Arbeit ist, und ob es mit seinem wirklichen Ziel übereinstimmt.

### **Arbeitsverteilung und ein neuer Arbeitsbegriff**

Ein neuer Arbeitsbegriff tut not in einer Gesellschaft, die nicht mehr genügend Arbeit in der Produktion und zum quantitativen Wirtschaftswachstum bereitstellt und dank Technisierung und Rationalisierung darauf verzichten kann, die auf der anderen Seite Defizite im Dienstleistungsbereich, vor allem aber im sozialen und ökologischen Bereich aufweist. Eine Art von Wirtschaften aber, deren Primat in der Gewinnmaximierung liegt, kann diesen Ausgleich nicht vornehmen.

Diejenige Arbeit, die allein dem quantitativen Wachstum und Wohlstand dient, wird geringer. Bisher liegt darin das Elend. Das wird so bleiben, solange sich der Arbeitsbegriff und die gesellschaftlichen Ziele und Werte nicht wandeln. Vollzieht sich der Wandel, und es gibt Anzeichen dafür, daß er es tut, liegt in der Arbeitsverknappung eine Chance. Die Chance nämlich, sich um nachhaltige Existenzsicherung durch Verbesserungen auf

dem ökologischen Sektor, und um Verbesserungen der demokratischen Struktur durch Bürgerbeteiligung zu bemühen. Beides führt zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Befriedigung der tatsächlichen, der nicht künstlich geschaffenen Lebensbedürfnisse.

Lebensqualität steigt mit einem Arbeitsmaß, das Zeit zum Denken, Lernen, zu wechsellvollen Tätigkeiten und Erholung zuläßt.

Weniger Arbeiten hieße langsamer produzieren und langsamer konsumieren. Bisher bedeutete das ein Negativum, heute wissen wir, daß zu schnelles Wachstum zu Qualitätsverlust, Sicherheitsverlust, Ressourcenverschwendung, Raubbau an Rohstoffen, Ungleichverteilung und Einschränkung der Lebensqualität führt.

Schnelles Produzieren, das mit dem einzigen Ziel der Gewinnmaximierung getan wurde, schaffte die Notwendigkeit, Absatzmärkte zu finden, schneller zu konsumieren. Durch Werbung und Marketingstrategien wurde das Konsumideal und das Bedürfnis nach Produkten und Lifestile, die sie vermittelten, geschaffen. Wir strebten dem Ideal bis zur Übersättigung (und Ausbeutung auf der anderen Seite der Erde) nach.

Gegen die drohende Übersättigung schuf die Industrie und Wirtschaft neue Produkte und neue Marketingstrategien, um das Wachstum der Gewinne konstant zu halten. Statt Maßhaltung und Sparsamkeit zu propagieren, vertrieb man Produkte, die die Übersättigung ausgleichen sollten.

Eine Steigerung der Lebensqualität war nur noch in der Umkehrung möglich.

Mit der Änderung der Lebensbedürfnisse, der Vorstellung, was Lebensqualität ausmacht und mit dem zunehmenden Defizit in der Demokratie und im sozialen Leben ändert sich mit der Zeit auch der Arbeitsbegriff.

Diese Entwicklung hinkt nach, weil unser Lernen sich langsam vollzieht und unser Wirtschaften immer noch auf Mehrproduktion und Mehrgewinn eingestellt ist.

Während die Wirtschaft in Arbeitsweisen, Effizienz, Fachpersonal und Forschung dem sozialen Sektor und der Bürgerarbeit weit überlegen ist, bleibt der Bewußtseinsgrad und der Wertewandel zurück.

Langfristig planende Unternehmen versuchen allerdings schon jetzt, ökologische und ökonomische Ziele miteinander zu vereinbaren, aus der Erkenntnis heraus, daß die verspätete Innovation des Managements und der Produktion auf ökologische Standards Gewinnverluste mit sich bringen wird, während frühzeitige Umstellung auf qualitativ hochwertige Produkte, die in dezentralen Werkstätten gewartet und aufbereitet werden können, einen Vorsprung schafft, die die nationale und internationale Konkurrenz nicht mehr einholt.

Die Änderung des Arbeitsbegriffs und des Ziels der Arbeit ist eng verbunden mit und bedingt durch die Änderung der Werte. Sie ist aber auch

eine natürliche Folge der Sachzwänge: des Sachzwangs der Rationalisierung, Umstrukturierung, der die Frage eröffnet: Was tun wir jetzt, nachdem die quantitativen Bedürfnisse befriedigt sind und Arbeit nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist?

Die Wandlung des Arbeitsbegriffs ist auch eine Folge der Sachzwänge nachhaltiger Existenzsicherung durch Arbeitseinsatz in Ökologie, im sozialen Bereich und in der Produktion für Qualität und umweltschonende Produkte statt Quantität.

Die Änderung des Arbeitsbegriffs- und Ziels ist schließlich eine natürliche Folge der historischen Entwicklung. Arbeitete die Nachkriegsgeneration noch am Wirtschaftswunder für Wachstum, materiellen Wohlstand, Gütervermehrung, so ist die gegenwärtige Generation, die vom Alten profitieren darf und zugleich an seiner Übertreibung leidet, auf der Suche nach neuen Arbeitszielen und neuem Sinn der Arbeit.

Vorerst übernahm sie die alten Ideale des Wirtschaftswachstums, die ihr in Elternhaus, Schule und Berufsleben vermittelt wurden. Doch als Arbeit und Wachstum an die Grenzen stießen und zur Last wurden, herrschte Orientierungslosigkeit. Häufiger Ausdruck dessen war Langeweile, das Gefühl der Lustlosigkeit und Sinnlosigkeit. Auswege fanden sich je nach Erziehung, Bildungsstand und Talent in der Destruktion statt Produktion, in übermäßigem Konsum von Gütern, Freizeitangeboten, Drogen, in Versuchen der Lust- und Befriedigungssteigerung durch Verfeinerung der Methoden oder anderen sinnlosen oder sinnfreien Handlungen, in der Entdeckung neuer Geisteswelten oder im Börsenspiel, im Gewinnerwirtschaften als Sport oder Spiel um Macht und Sieg.

Die Freizeit- und Unterhaltungsindustrie schaffte (Ersatz-)Bedürfnisse, um sie zu befriedigen. Doch auch die Befriedigung durch Unterhaltung, Konsum und Spekulation stieß an Grenzen.

In jüngster Zeit offenbart sich im Zuge der Sachzwänge und Not im sozialen und ökologischen Bereich und im Zuge des Wertewandels und der Bewußtseinssteigerung eine neue Arbeitsorientierung. Das Ziel der Arbeit, oft unbezahlter Arbeit, von immer mehr Menschen, ist die Arbeit am Menschen und für den Menschen. Neuerdings wirbt man für das Ehrenamt mit dem Slogan "Bürger für Bürger". Das entsprechende Plakat zeigt Menschen beim Nachhilfeunterricht, bei der Kinder-, Jugend- und Altenbetreuung.

Es sind meist ältere Mitbürger, die innerhalb ihrer Siedlung unentgeltlich Betreuungsdienste übernehmen, bei Ämtergängen, bürokratischen Formalitäten und alltäglichen Verrichtungen helfen, als Mitglieder von Wohlfahrtsorganisationen Hilfe, Versorgung, Kontakte und Unterhaltung anbieten.

Dagegen trifft man in der Alten- und Behindertenpflege zumeist sehr junge Menschen, die durch ihren Zivildienst oder einen Pflegefall in der Familie die Liebe zum künftigen Beruf gefunden haben. Einem Beruf, den

Erziehung und Schule nicht nahegebracht hatten, und der aufgrund geringer Bezahlung geringes Ansehen bot. Werbung und Wertewandel in dieser Hinsicht wäre angebracht.

Immer mehr Menschen erkennen ihre öffentliche Aufgabe und immer mehr Menschen finden Sinn, Freude und Befriedigung in dieser Aufgabe. Der Reiz der Aufgabe liegt im sichtbaren Nutzen für die Gemeinschaft, ablesbar an den Menschen und ihrer Umwelt selbst, mit denen man in engem Kontakt arbeitet. Das Miteinander und das sichtbare Ergebnis der Arbeit wirkt befriedigend.

Ein Teil der Bevölkerung sucht im sozialen und ökologischen Bereich ihren Lebensverdienst zu decken. Die Nachfrage in diesen Bereichen ist längst nicht ausgeschöpft; hier liegt eine Chance, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Ein weiterer Teil sucht in diesen Gemeinwohltätigkeiten im sozialen, politischen oder ökologischen Ehrenamt die Erfüllung ihrer öffentlichen Pflicht über den Beruf zum Gelderwerb hinaus. Um mehr Menschen diese Möglichkeit zu eröffnen, kann eine Arbeitsverteilung und damit eine Arbeitszeitverkürzung durch Nutzung der Rationalisierungs- und Strukturierungsmöglichkeiten nur von Vorteil sein.

Eine Arbeitsverteilung und Verkürzung der Arbeitszeit, die dem reinen Broterwerb vorbehalten ist, hätte also mehrere positive Effekte:

- Der Arbeitslosigkeit würde begegnet;
- Mehr Bürgerarbeit würde das Defizit an Demokratie, sozialen Diensten und ökologischer Forschung, Entwicklung und Schonung ausgleichen;
- sie würde das Bedürfnis nach sinnvoller, menschenwürdiger und helfender Tätigkeit decken;
- sie entspricht dem und fördert zugleich den Wertewandel, der das Ziel aller Arbeit in Freiheit, Existenzsicherung, Versorgung, Würde und Gesundheit des Menschen sieht sowie den Wandel des Menschenideals vom überarbeiteten Manager zum selbstbestimmten Menschen.

### *Arbeit, Zeit und Kapital für öffentliche Aufgaben*

Als Entschuldigung für Passivität, Rückzug ins Private und mangelnde Eigeninitiative wird oft das Zeit- und Kompetenzdefizit genannt.

"Wenn ich abends nach Hause komme, hab' ich keine Lust mehr zur Eigeninitiative. Dann erwarte ich, daß mein Parlament, meine Partei und Gewerkschaft in der Zeit, in der ich gearbeitet habe, etwas für mich getan haben."

"Wieso sollten sie das tun? In unserem System ist es unzweckmäßig, etwas für jemand anderen zu tun, es sei denn, es nützt mir persönlich oder der

Organisation, für die ich arbeite, und damit ihrer Hierarchie, in der ich aufsteigen oder plaziert sein will."

"Es sei denn, du bekommst Geld von mir und meine Stimme."

"Exakt. Die Frage ist nur, ob das in deinem Interesse liegt. Du gibst mir Geld, damit ich dafür Sorge, daß du mehr Geld bekommst, damit du mir mehr Geld geben kannst, damit ich..."

Die naheliegende Lösung dieses Kreislaufs, in dem sich unser imaginärer Diskussionspartner befindet, liegt in geringerer Arbeitszeit und Einsparung von Kosten, die er aufwenden muß, um sich politisch und wirtschaftlich vertreten zu lassen. Auch sozial läßt er sich vertreten, indem er soziale Verantwortungen an den Staat oder die Kommune abgibt und dafür bezahlt. Als Beispiele sind anzuführen: Altenpflege, Krankenpflege, Versicherung, Bildung und Erziehung für seine Kinder, Sicherheit u. a.

Selbstverständlich könnte kein Einzelner alle diese Aufgaben selbst übernehmen. Ebenso wenig kann er im Einzelfall erklären: "Diese und jene soziale Einrichtung nutze ich nicht, also bin ich auch nicht bereit, dafür zu bezahlen."

Dennoch wird gerade so argumentiert, wenn Steuern nicht bezahlt werden wollen, wenn Arbeitslosengelder nicht mitgetragen werden wollen.

Würde unsere Beispielperson nun weniger arbeiten, stellte er einem Arbeitslosen seinen Teil des Arbeitsplatzes zu Verfügung. Dieser würde dann nicht mehr von den gezahlten Arbeitslosengeldern leben, sondern sie mittragen. Arbeitslosigkeit kostet der Öffentlichkeit Geld, Arbeitslosen Arbeit zu geben, entlastet nicht nur die öffentliche Hand, sondern stärkt sie. Den Zeitgewinn, den unsere Beispielperson hat, investierte sie in soziales, politisches Engagement.

Modellhaft sähe das so aus, daß unsere Beispielperson und unser Ex-Arbeitsloser, daß beide Personen oder auf die gesamte Gesellschaft angewendet, alle Personen, vier Stunden täglich ihrem Broterwerb nachgingen und sich vier Stunden lang sozial engagieren und/oder an den öffentlichen Foren teilnahmen, die administrative, politische, soziale, ökologische und ökonomische Angelegenheiten auf lokaler bis globaler Ebene diskutierten, organisierten und ausführten.

Daß dieses Modell funktioniert, beweist, daß bestimmte Berufsgruppen, deren Arbeitseinteilung stärker auf individuelle Bedürfnisse abgestimmt ist, stärker im politischen Engagement vertreten sind als andere.

Dieses Modell kann nicht starr gehandhabt werden. Arbeitszeit muß flexibel sein. In einer Gesellschaft von selbstverantwortlich handelnden Individuen bedeutet Arbeitszeitflexibilisierung, daß Arbeitszeit individuell gehandhabt wird. Das bedeutet in einer dezentralisierten Gesellschaft nicht, daß sie vom Arbeitgeber vorgegeben wird. Es bedeutet viel mehr, daß jede Arbeitsgruppe ihre Arbeit selbst organisiert. Die Arbeitsgruppe kann besser

als jeder Außenstehende beurteilen, wann was getan werden muß. Selbstverantwortliche Individuen, die gelernt haben, *miteinander* im Team zu arbeiten, können sich selbst kontrollieren.

Die Organisation der Arbeitszeit richtet sich nach den Bedürfnissen der Arbeitenden. Jedes Individuum ist verschieden, eine Gesellschaft von freien und autonomen Individuen berücksichtigt diese Individualitäten. Unterschiede bestehen darin, wann und wie lange ein Individuum konzentriert und effizient arbeiten kann. Ein selbstbestimmtes Individuum hat die Möglichkeit, einmal verschiedene Arbeitszeitpläne auszuprobieren, um denjenigen mit der höchsten Effizienz zu finden.

Außerdem ist ein Arbeitsteam, das *miteinander* arbeitet in der Lage, gegenseitige Hilfe zu bieten und auch anzunehmen, ohne daß der Einzelne Furcht vor Ressentiments haben muß.

Unterschiede bestehen weiterhin in der Art der Arbeit. Niemand bezweifelt, daß nicht jede Tätigkeit von heute auf morgen geteilt werden kann, daß nicht ein Manager um 12Uhr die Sitzung verlassen kann, weil seine Arbeitszeit hier endet und die seines Kollegen beginnt, der jetzt erst einmal auf den Stand der Diskussion gebracht werden muß. Eben hier setzt Flexibilisierung und Berücksichtigung individueller Aufgaben und Bedürfnisse ein.

Möglich ist es aber, für eine breite Masse von Tätigkeiten mehr Menschen mit geringeren Arbeitszeiten einzustellen.

Wenn der technische Fortschritt die vorhandene Zahl an Arbeitsplätzen verringert, dann ist das ein Argument für systematisches Job-sharing. Es ist auch ein Argument für eine Verbesserung und Neubewertung der Beschäftigungskultur, des Umweltschutzes, des Gesundheitswesens und des neuen sozialen Dienstleistungssektors allgemein. Vor allem ist es ein Anlaß, stereotype Vorstellungen von Arbeit zu überdenken.

Die technische Entwicklung bietet uns heute die Möglichkeit, kürzere Arbeitszeiten einzuführen. Längst ist es für Produktionsbetriebe billiger, entsprechende Techniken einzuführen als Leute zu beschäftigen.

Der Gewinn, den diesen Firmen dadurch entsteht, muß allerdings denjenigen zugute kommen, die ihre Arbeitsstelle verlieren. Es kann sich hierbei nicht um einmalige Abfindungen handeln; es geht hier um den Umbau des gesamten Arbeitsprozesses, um Strukturwandel.

Arbeitsplätze sollen *nicht* künstlich aufrecht erhalten werden. Ich bin durchaus dafür, Rationalisierung und Effizienz voll auszuschöpfen. Nur müssen die dadurch erzielten Gewinne auch Arbeitnehmern in Form von Arbeitszeitverkürzung, bzw. Arbeitslosen in Form von Arbeit und Geld zugute kommen. Wenn dieses nachvollziehbar gehandhabt wird, wird jeder Bürger vom Stellenabbau zu überzeugen sein.

Daraus entspringt auch die Forderung, daß wirtschaftliche Prozesse durchschaubarer werden, und daß Bürger nachvollziehen können, wohin erwirtschaftete Gewinne und Steuern fließen.

Bürgerkontrolle und Bürgerinformation sind notwendig.

Viele der frei gewordenen Arbeitskräfte können im sozialen und ökologischen und erzieherischen Bereich eingesetzt werden. Dort besteht ein großes Defizit. Diese Bereiche werden zur Zeit noch hauptsächlich von staatlicher oder kommunaler Seite finanziert. Das kann aber nur so bleiben, wenn dem Staat und vor allem der Kommune mehr Gelder zu Verfügung stehen. Die Gelder sind aus den höheren Gewinnen der rationalisierten und umstrukturierten Firmen zu beziehen. Möglicherweise genügt das jetzige Steueraufkommen, wenn der moralische Druck der Bürger und der Wertewandel Steuerhinterziehungen unmöglich macht, wenn Subventionen und Ausgaben eingespart werden, die von den Bürgern nicht getragen werden wollen bzw. als Ausgaben betrachtet werden, die auf Druck einer starken Lobby geleistet werden (militärische Ausgaben, Autobahnbau, etc. In Münster und Hasselt in Belgien führte die Diskussion und Willensbildung zwischen allen gesellschaftlich relevanten Gruppen der Bevölkerung auf dem Forum Lokale Agenda 21 zur Umverteilung vom privaten Verkehr auf den öffentlichen Verkehr. Daraus entstehende autofreie Innenstädte und kostenlose Nutzung des ÖPNV verbessern nicht allein die Luftwerte, sondern auch das Kommunikationsklima.)

Auf diese Art kann nicht nur der soziale und ökologische Sektor ausgebaut werden, für dessen Gestaltung selbstverständlich auch direkte Investitionen getätigt werden können. Voraussetzung dafür ist, daß Banken und Unternehmer sich ein neues Ziel geben: der Mensch muß das Primat ihrer Unternehmung sein, der materielle Gewinn an zweiter Stelle stehen und nicht umgekehrt.

Während die meisten Vorschläge auf die Gesetzgebung zielen, weist Tony Blair auf einen anderen Ansatz hin: Wir können nicht per Gesetz garantieren, daß sich ein Unternehmer auf die ein oder andere Art und Weise verhält, die dem Vertrauen und einem langfristigen Engagement (ich setze hinzu: dem Umweltschutz, der Standorttreue, der Informiertheit seiner Mitarbeiter über Gewinne und Strukturen, der steuerlichen Abgabe, Möglichkeiten eines Managements und einer Produktion der nachhaltigen Existenzsicherung) förderlich ist. Aber wir müssen endlich damit anfangen, im Unternehmen nicht nur ein Instrument des Kapitalmarktes zu sehen, sondern auch eine Gemeinschaft oder Partnerschaft, in der jeder Angestellte mitreden kann.

Auf diese Art der Umstrukturierung und Finanzierung kann auch Bürgerarbeit bezahlt werden. Das ist zum einen die Arbeit des Bürgers im sozialen und politischen Bereich, zum anderen seine Zeit, die er auf den

öffentlichen Foren zur Organisation und Erfüllung aller öffentlichen Aufgaben verbringt. Dafür wird er nicht direkt entlohnt, sondern die Umstrukturierung und Finanzierung des neuen Arbeitsprozesses erlaubt ihm, die Zeit für seine öffentliche Pflicht in Anspruch zu nehmen.

Zur Zeit wird die zunehmende Freizeit von der Unterhaltungsindustrie genutzt und in Anspruch genommen. Produktivere Nutzung wäre für das Individuum befriedigender und für die Gemeinschaft nutzbringender.

### **Kompetenz und Effektivität**

Die Devise heißt: mehr Zeit für politische, wirtschaftliche, ökologische und soziale Freiheiten und Pflichten. Mehr Zeit, um auf diesen Gebieten sein zweites Standbein zu haben, um dort mitentscheiden zu können und Entscheidungen durch moralischen Druck und Überzeugungsarbeit durchsetzen zu können. Auf diese Weise ist das soziale, ökologische, administrative und wirtschaftliche Werk das Werk der Menschen selbst.

Das zweite Hindernis, welches neben Zeitmangel gegen persönliches Engagement spricht lautet, daß nicht jeder eine Fachkraft auf allen Gebieten sein kann, somit auch nicht auf allen Gebieten mitentscheiden kann.

Heutige Parlamentarier und Aufsichtsräte sind das jedoch auch nicht, entscheiden aber trotzdem. Möglich ist das durch Zusammenarbeit mit Experten und im Austausch dessen, was nötig und was möglich ist.

Um einen Beschluß mitzutragen, brauche ich Informationen über seine Gründe, seine Herkunft, seinen Hintergrund und die Interessen, die mit dem Beschluß verfolgt werden.

Eine Gefahr liegt im Informationsvorsprung auf der einen Seite und in der Manipulierbarkeit auf der anderen Seite. Diese Gefahr besteht immer dann, wenn Experten Laien gegenüberstehen.

Die ideale Gemeinschaft wäre dann, wenn alle Experten wären, und alle von höchstem moralischen Bewußtsein beseelt wären. Da die Realität anders aussieht, besteht die zweitbeste Lösung in der Zusammenarbeit von Experten und Laien im gemeinsamen Interesse anstatt gegeneinander im Interesse der Macht und des Gewinns. Hierin liegt das Geheimnis des Erfolgs: In der Mischung aus Fachwissen und Moral und Motivation der Laien.

Wie aber bekomme ich beide Pole zusammen und bringe sie zur Zusammenarbeit? Indem ich die Konzentration des Fachwissens auf der einen Seite auf der anderen Seite ausgleiche und auf alle verteile, und indem ich Bewußtsein, Motivation und Moral ebenfalls auf die ganze

Gemeinschaft verteile. In unserer Gesellschaft geht es nur noch sekundär um die Verteilung von Kapital, sondern primär um die Verteilung von Information, die Voraussetzung für Macht, Erfolg und Kapital ist, politisches und moralisches Wissen, um Macht und Manipulation abzuwenden, ökologisches und politisches Wissen, um Existenz nachhaltig zu sichern.

Haben sich beide Pole auf einen gemeinsamen Grundwert geeinigt, nämlich daß das Endergebnis ihrer Arbeit für alle und ihre Umwelt von Vorteil sein soll, so wird kein Interesse bestehen, anderen Informationen vorzuenthalten und den eigenen Informationsvorsprung zum Nachteil anderer auszunutzen. Voraussetzung dafür ist, daß das bestehende Wirtschaftssystem und die davon beeinflusste Erziehung eine leichte Änderung erfährt: Voraussetzung ist nämlich, daß das Primat jeder Entscheidung der Mensch und nicht Strukturen und Sachzwänge sind. Jeder hat als Mensch zu entscheiden und nicht als Funktion(är).

\*

Das fachliche Problem und das der Furcht vor Selbstverantwortung, Mitverantwortung und Entscheidung läßt sich ansatzweise durch die oben angedeutete zweigleisige Erziehung und Bildung lösen: Fachliche Ausbildung und Erziehung zum autonomen Individuum.

Bürger sollten in den Informationsstand versetzt werden, wie man Arbeit, Freizeit, Kultur und Kindererziehung eigenständig leisten kann. Dazu müßten Grundlagen für Betriebsführung und kommunale Organisation vermittelt werden.

Das über das Fachwissen hinausgehende: Organisation, Problemlösung und Delegation, eigenständiges Denken, autonomes Handeln, Probleme selbständig in der Gemeinschaft lösen, muß Ziel der Ausbildung sein.

Experten sollen dem Bürger Fachwissen als Entscheidungs- und Organisationsgrundlagen beibringen, damit sie Willen in Entscheidungen und Tun umsetzen können.

Die meisten Menschen haben Angst vor der Verantwortung und fürchten sich, Entscheidungen zu treffen. Man braucht die technische oder kaufmännische Ausbildung *und* muß Moderation, Organisation des Unternehmens verstehen. Es bedarf der Fachkräfte, Experten *und* der autonom Handelnden und Entscheidungsfreudigen.

Hier liegt eine große Chance, gut ausgebildeten und in ihren Talenten und menschlichen Fähigkeiten geförderte Individuen die Möglichkeit zu geben, ihr Bedürfnis nach Kreativität, großen Herausforderungen und sinnvoller Arbeit gerecht zu werden.

Für den, dessen Leistungen und Bedürfnisse geringer sind, besteht jedoch ebenso die Möglichkeit, ohne Furcht vor Sanktionen und ohne Verlust

seines Ansehens seine individuellen Leistungen der Gesellschaft bereitzustellen und seine Bedürfnisse zu befriedigen.

Den unterschiedlichen Leistungen und Bedürfnissen wird dadurch Rechnung getragen, daß durch Abbau der Hierarchien, Bürokratien und Herrschaft des Zentralismus spezifische Talente leichter entdeckt und gefördert werden können, weil sie nicht durch "Vetternwirtschaft und Filz" blockiert werden.

Die Leistung des Einzelnen wie die Effizienz der Gemeinschaft wird dadurch steigen.

Die Angst des weniger leistungsstarken, sich überfordert fühlenden Kollegen, sich nicht mehr in einer Bürokratie verstecken zu können, ist im offenen System unbegründet, da er ebensowenig mehr vom Arbeitsmarkt, der auf Konkurrenz beruht, in eine Funktion gepreßt ist, die er auszufüllen hat, sondern seinen Fähigkeiten entsprechend eingesetzt werden kann, von seinen Kollegen gefördert werden kann, die wiederum seine wahrscheinlich ganz anders gelagerten Fähigkeiten erkennen können, weil sie nicht gezwungen sind, gegen den Kollegen zu arbeiten.

Es ist ein Unsinn zu behaupten, daß dieses System dazu führt, daß schwächere Kollegen mitgezogen werden müssen und deren Arbeiten übernommen werden müssen, und daß umgekehrt intelligente und begabte Menschen keine Chance bekommen. Das Gegenteil ist der Fall. Menschliche Arbeitskraft und Energie wird konzentrierter und nach Fähigkeiten und Bedürfnissen spezifisch eingesetzt. Dadurch, daß die Arbeiten durch Abbau der Hierarchie, Bürokratie und Zentralismus vielfältiger sind, daß der gesamte Arbeitsprozeß von der ersten Organisation bis zum Konsum von jedem überschaut wird, er über den gesamten Prozeß informiert ist und Arbeiten auf verschiedenen Ebenen vollziehen kann, sowie durch Verkürzung und damit Konzentration der Arbeit und Einteilung seiner Arbeit entsprechend seinen spezifischen Leistungsstärken und Bedürfnissen, wird der Einzelne effektiver. Er spart seine Energie nicht mehr auf, um möglichst lange durchzuhalten, sondern konzentriert sie auf die Qualität und nutzt Zeit. Er hält keine Informationen zurück, reißt keine Arbeiten an sich, verweigert nicht den Wissenstransfer auf jüngere Kollegen, weil ohne Konkurrenzkampf keine Notwendigkeit besteht, die Zusammenarbeit zu blockieren. Das Ziel seiner Arbeit besteht nicht mehr im Aufsteigen in der Hierarchie, wo keine Hierarchie ist.

Das Argument ist also umgestoßen, daß die Effektivität im konkurrenzlosen System leidet.

Zwar ist es richtig, daß mit Geld und Titeln Anreize geschaffen werden, jedoch nur so lange, wie sie als oberste Werte propagiert werden. Bei gleichen ökonomischen Verhältnissen wird sich jeder Mitarbeiter für den solidarischen Arbeits- und Lebensweg entscheiden, allein deshalb, weil er für ihn bequemer, leichter, vorteilhafter ist. Der Anreiz zu erhöhter

Leistung, den der Leistungsstarke sucht, wird nicht geschmälert, wenn ihm vermittelt wird, daß Anreiz und Erfolg darin bestehen, sich für Menschen und ihre Umwelt, für Qualitäten statt für Quantitäten einzusetzen.

Hoch- und sozial begabte, leistungsstarke Personen fühlen sich häufig in ihrem Beruf unterfordert, der ihnen zu wenig Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Sie setzen Energie und Kapital in ihrer Freizeit ein, um hier künstlerischen, kulturellen und sozialen Aufgaben nachzugehen und nachzuholen, was sie sich während der Arbeitszeit in der freien Wirtschaft oder Administration nicht holen können: soziale Kontakte, Lob und Ansehen, das Gefühl, etwas Sinnvolles, für sich und andere Nutzbringendes zu leisten.

Da Leistung einseitig bewertet wird, müssen diejenigen, die die geforderte Leistung nicht bringen, aus der sozialen und ökonomischen Sicherung herausfallen und mit dem Gefühl leben, versagt zu haben, weil weder sie noch ihre Umwelt weiß, daß Leistung auch anders bewertet und auf anderem Gebiet, zum Beispiel sozialem, liegen kann. Sie müssen häufig die doppelte Leistung von dem erbringen, was ihnen schwerer fällt als anderen, damit sie nicht aus der sozialen und materiellen Sicherung herausfallen.

Wieviel effektiver wäre es, jeden seine Tätigkeit nach seinen Leistungen und Bedürfnissen wählen zu lassen, was möglich wäre, wenn soziale Berufe, Hausarbeit, Bürgerarbeit angesehener wären und besser bezahlt würden?

Wenn Bürger ihre Arbeit selbstverantwortlich und miteinander organisieren würden und koordinieren könnten, weil ihnen entsprechende Zusammenarbeit mit Experten, Informationen zu Verfügung ständen? Wenn Bürger sowohl Detailarbeit, Facharbeit verrichteten als auch koordinierende, organisierende und entscheidende Tätigkeiten bei der Administration, Politik, Wirtschaft ihrer Gemeinschaft?

Wieviel effektiver wäre es, wenn Mitarbeiter sich gegenseitig schulen und helfen dürften, ohne Nachteile für sich fürchten zu müssen?

Die Gemeinschaft, die *nicht* den Leistungen und Bedürfnissen seiner Mitglieder Rechnung trägt und nicht das menschliche Individuum zum Ziel und Zentrum hat, ist *nicht* effektiv.

Ein paar historische und globale Beispiele mögen das untermauern:

Wirtschaftliche Effizienz ist keineswegs nur möglich in der Verknüpfung mit individuellem Besitz und individueller Freiheit. Man muß nur die Wachstumssprünge von zumindest autokratischen Regionen im Fernen Osten und in Südamerika vor Augen haben, um einzusehen: Diese spezifisch abendländische Erfahrung gilt nicht überall als Gesetz. Der konfuzianische Familiensinn etwa, der nichts mit individueller Freiheit zu tun hat, beflügelt Chinesen, so man sie läßt, zu enormen ökonomischen Leistungen.

\*

Die Vorstellung, daß Gerechtigkeit und Effizienz nicht miteinander vereinbar seien, löst sich auf, wenn man sieht, daß bis zu dem Zeitpunkt, als eine Fraktion des deutschen Kapitals den Gesellschaftsvertrag brach, er seinen Teil zum sozialen Frieden und zu einer höheren Produktivität der Arbeitskräfte beitrug.

\*

Daß der Syndikalismus in Spanien scheiterte, lag auch daran, daß Facharbeiter und Experten sich im kapitalistischen und nicht kriegsgeschüttelten Ausland höhere Einkommen versprachen.

Andere wiederum reizte es mehr, am demokratischen Experiment der dezentralen Wirtschaft und Verwaltung teilzunehmen. Landwirtschaftliche Experten beispielsweise, deren Ideen bisher vom Großgrundbesitz blockiert wurden, dem es mehr auf schnellen Gewinn als auf nachhaltige Landwirtschaftsmethoden ankam, setzten sich mit den Bauern in der Region zusammen, um die Produktion dadurch zu fördern, die am besten für den Anbau geeigneten Ackerflächen nach ihrer chemischen Zusammensetzung zu bestimmen. Sie analysierten, was einen natürlichen fruchtbaren Acker ausmacht und was dem ertragloseren fehlt. Dann versuchte man, dem ertragloseren das Mineral oder was immer, zuzuführen. Oder man baute schließlich eine passendere Frucht an. Produktionsmethoden unter dem Primat der nachhaltigen Existenzsicherung erfordern Zeit, die allein auf kurzfristigen Gewinn zielende Unternehmungen nicht einplanen.

Die Syndikalisten wollten sich den Fortschritt zunutze machen, aber immer unter der Frage: nutzt es dem Menschen und seiner Umgebung ohne einem anderen zum Nachteil zu gereichen? Freiheit bis an die Grenze der Freiheit des Nächsten.

Nicht nur gesellschaftlich und sozial stellte der Syndikalismus eine Herausforderung für fähige Leute dar, sondern auch auf fachlichem Gebiet.

Hieran ist abzulesen, daß solange die Konkurrenz zwischen Kapitalismus und anderen Systemen bestand, die den Wert auf die soziale Gemeinschaft legten, der Kapitalismus aufgrund seines schnellen materiellen Vorteils siegte, den er jenen bot, die durch gute Beziehungen an die Hierarchiespitzen gelangten oder/und sich durch die Kombination von fachlicher Qualifikation und gering oder einseitig ausgebildeten sozialen Fähigkeiten auszeichneten sowie aufgrund seiner Funktionalität ohne Teilnahme der breiten Masse von Bürgern. Seine Konkurrenz und seine Funktionalität reichten so weit, wie seine grundlegenden Werte: Konkurrenz und Kapital.

Andererseits hat nicht der Kapitalismus pur in der Konkurrenz gegen den Kommunismus gesiegt, sondern die soziale Marktwirtschaft. Je näher die westeuropäischen Zivilgesellschaften am Eisernen Vorhang lagen, um so stärker griff die Politik in die Verteilungswirkung der Märkte ein. Da die Politik aber insgesamt weise genug war, im Rahmen dieser Strategie private Initiative zu ermutigen und nicht etwa die Wirtschaft der politischen Kontrolle zu unterwerfen, gelang die Kombination von Marktwirtschaft und Demokratie, von Wohlstand und Ausgleich, von Eigennutz und Solidarität, von Freiheit und Chancengleichheit.

Der Kommunismus brach in sich zusammen, aber der Westen vernachlässigte die gesellschaftlichen Muster, die ihm geholfen hatten, den Kalten Krieg zu gewinnen, statt sie zu hüten wie einen Augapfel.

Der Kapitalismus in möglichst reiner Form hat sich zur kurzfristigen und schnellen Wachstumssteigerung für einige Personen und Oligarchien bewährt. Dabei wurden und werden allerdings Energien, menschliche Arbeitskraft, Böden und Bodenschätze in relativ kurzer Zeit aufgebraucht. Das Ende des Wachstums war abzusehen. Eine Erneuerung oder Verlangsamung konnte es ohne Änderung der Zielvorgabe "schneller, höher, mehr, weiter" nicht geben.

Zur nachhaltigen und langfristigen Existenzsicherung einer großen Anzahl von Menschen und ihrer Umwelt ist die Gesellschaft, an deren Gestaltung die Menschen selbst beteiligt und für ihr Handeln selbst verantwortlich sind und ihre Verantwortung nicht an Zentralen delegieren können, sondern Zentralen und Oligarchien kontrollieren, effektiver.

Unter derselben Zielvorgabe, in der kurzfristigen Konkurrenz mit dem Kapitalismus unterliegt sie, da es dem Einzelnen, der die optimal zum System passende Erziehung erfahren hat, weniger schnellen, materiellen Wohlstand bietet. Die Gesellschaft der Beteiligung bewährt sich unter der Zielvorgabe gesunde Umwelt, Gesundheit des Menschen, Befriedigung des Menschen durch sinnvolle Tätigkeiten und Feedback von anderen Menschen, soziale Sicherheit, Sicherheit vor Ressourcenknappheit, Sicherheit vor Konflikten innerhalb seiner Gesellschaft und vor Konflikten mit anderen Gesellschaften aufgrund ungleicher Verteilung und wirtschaftlicher Interessen.

Ebenso langfristig, wie seine Zielsetzung ist, so viel Zeit benötigt die soziale Gesellschaft. Zeit für demokratische Entscheidungsprozesse, die länger dauern als zentrale, da Konsensbildung länger dauert als Befehl und Ausführung oder Anweisung, Ausführung und materielle Entlohnung; Zeit zur Prüfung von Entscheidungen, Ergebnissen, Produkten, Informationen; Zeit zur Reflexion und Überlegung; Zeit, um andere Verkehrsmittel zu nutzen, um Produktion und Konsum zu verlangsamen, indem Produkte von besserer Qualität länger genutzt werden usw.

Nach Verlangsamung ist offensichtlich auch ohne diese Überlegungen ein Bedürfnis bei den Menschen vorhanden. Warum sonst klagen sie über Hetze, Zeitmangel und beneiden Kulturen, die sich mehr Zeit für Produktion, Konsum und Muße lassen? Zeitmangel, Hetze und mangelnde Solidarität werden von Befragten kausal gesehen.

Sobald sich ein Wertewandel vollzieht, der das Soziale stärker berücksichtigt, orientieren sich die Gebildeten und ihre Energien und Stärken auf das neue Ziel um. Sie brauchen Wissen und Informationen nicht zurückhalten, brauchen nicht ihre Zeit durch Taktieren verschwenden. Ihnen wird zusätzlich zu ihrem reinen Fachwissen vermittelt, wie sie ihre Energien nutzbringend und für sie befriedigend einsetzen können.

Der Wertewandel setzt zur Zeit ein, weil der Kapitalismus, welcher nicht mehr durch den Druck eines gemeinsamen Feindes, eines Konkurrenten in Schach gehalten wird, seine reine Natur und dessen Grenzen zeigt. Die Folge ist eine Unzufriedenheit mit diesem System nicht nur der sozial Schwachen, sondern gerade auch der Gebildeten und voller Energie und Dynamik steckenden Menschen, die ein lohnendes und sinnvolles Ziel ihrer Bildung, Arbeit und Energie suchen, das so bald keine Grenze findet.

Ein lohnendes Ziel ist die Arbeit mit Menschen, am Menschen und für den Menschen. Dies befriedigt das menschliche Bedürfnis nach konkretem Tun und Sicht der Ergebnisse, es befriedigt das Bedürfnis nach Lob und Anerkennung, nach Kreativität und nach Freiheit des Einzelnen und der Gemeinschaft.

\*

Wir sind am Anfang der Argumentationsschleife angekommen, die zeigen sollte, wie sehr sich die Verteilung von Arbeit *und* Kapital bedingen, daß sich Ökologie und Arbeit nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern daß sie zur gegenseitigen Problemlösung dienen und, wie sehr sich Freiheit *und* Pflicht gegenseitig stützen und aufheben, Freiheit zur Pflicht werden kann, Pflicht aber auch zur Freiheit.

Freiheit und Pflicht müssen das Werk der Menschen selbst sein.

Freiheit wird nicht geschenkt, Pflicht kann nicht delegiert werden.

Fazit: - Arbeitszeit verkürzen;

- Mehr Menschen einstellen;

- insbesondere im sozialen, ökologischen und erzieherischen Sektor;

-Gemeinwohlarbeit, Bürgerarbeit, Haus- und Pflegearbeit mehr Ansehen verleihen.

Das erschließt Kreativität und Spontaneität zur Lösung der anstehenden Zukunftsaufgaben und ist eine Bereicherung der demokratischen Kultur.

Mehrzeit wird in der Organisation der administrativen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten der Gemeinschaft verbracht.

Um Gemeinschaften zu stärken, muß man ihnen mehr Aufgaben geben: Wirtschaft selbst organisieren, soziale Einrichtungen, Konsum- und Produktionsgenossenschaften, Kreditgenossenschaften, Mietvereinigungen, örtliche Gesangsvereine und Musikgruppen, Unterstützung von Schulen usw. Das würde Millionen von Arbeitsplätze schaffen, Millionen Menschen in Gemeinschaften einbinden, sie mit sinnvoller Arbeit versorgen, Diskussionsforen schaffen, die moralische Werte diskutieren und die Gemeinschaft stärken, öffentliche Kosten senken. Diese sozialen Bindungen und Befriedigungen in sinnvoller Arbeit führen zu gesünderen, glücklicheren und längeren Leben.

### **Bürger in der Gemeinschaft**

Ziehen wir noch einmal Bilanz über Ist- und Soll-Zustand, über die Gegebenheiten und Möglichkeiten und betten sie in die konkrete Situation der föderalistischen Bürgerversammlung.

All unsere Beispielbürger, unser Sportler, Kapitaleigner, unser Arbeitslose, Unternehmer, Banker und Bürger, Experten und Betroffene finden sich aufgrund von Sachzwängen wie Rationalisierung, Besteuerung, Arbeitslosigkeit, ökologischen Interessen und Existenzsicherung zusammen. Es sind also gerade *nicht* dieselben, die sich sowieso immer schon engagiert haben.

Sie tun dies aus Politikverdrossenheit, Resignation, Enttäuschung, Zukunftsangst, Aggression und Aufklärungsbedürfnis; aufgrund des Wissens und Wertewandels.

Ausgelöst wurde das Engagement durch eigene Betroffenheit und Medieninformation.

Daraus ergaben sich Diskussionen auf kleinsten gemeinschaftlichen Ebenen: Familie, Freundeskreis, Verein und gemeinnützige Institutionen, Betriebe.

Wenn sich nun Bürger und Experten auf öffentlichen Foren zusammensetzen, hat die emotionale Schlichtung stattgefunden. Während dieses Prozesses sowie im Vorfeld durch Bildung und Erziehung müssen kommunikative Fähigkeiten vermittelt werden, die persönliche und gruppenspezifische Rechtsansprüche aus der Distanz betrachten und in den Hintergrund stellen lassen.

Es folgt die kognitive Klärung der Tatsachen, wozu möglichst große Informiertheit und die Bereitstellung sachlicher Informationen durch alle

nötig sind. Hilfe könnten Informationsbörsen auf allen föderalen Ebenen bieten. Vor allem der Presse kommt hier eine große Bedeutung zu.

Es beginnt die Debatte darüber, was die Gemeinschaft braucht, was sie zu entfernen wünscht, die Feststellung der Ressourcen, der Bedürfnisse.

Leicht wird man Konsens darüber finden, daß Bildung(ssstätten), Kinderbetreuung, Alten,- Kranken, und Behindertenpflege, Versicherung, Freizeit, natürliche Umwelt u.a.m. von allen verlangt werden. Es handelt sich um übergeordnete Interessen, wären es individuelle, private, bedürfte es keiner öffentlichen Diskussion.

Einigkeit wird auch schnell darüber bestehen, daß die Finanzierung die Pflicht aller ist, da das Bedürfnis allgemein und die Nutzung das Recht aller ist.

Daraus folgend werden sich die Mitglieder der Gemeinschaft darauf einigen, Abgaben für soziale und öffentliche Dienste zu zahlen.

Sie müssen organisiert und finanziert werden.

Über Organisation haben wir im ersten Teil gesprochen, viel mehr braucht nicht gesagt werden, denn unsere Organisation funktioniert bereits recht gut, wenn auch immer noch bürokratische und hierarchische Hindernisse auftreten. Sie können gelöst werden, wenn der Wirtschaftssektor seine hier vorherrschenden Kenntnisse über effiziente Arbeitsweisen an den öffentlichen Sektor vermittelt.

Es dürfte deutlich geworden sein, daß Energien, Arbeitsweisen, Fachwissen, Informationen und Kapital, Ressourcen im privaten Bereich vorhanden sind, es fehlt im öffentlichen Haushalt. Daraus würde folgen: Ungleiche, höhere Abgabe des privaten Sektors, die aber nicht akzeptiert werden.

Der private Sektor plädiert für private Versicherung, private Altenheime, private Schulen, Ausgrenzung aus dem Freizeit- und Wohnbereich der anderen in der Gemeinschaft, vielleicht Ausschluß aus der Gemeinschaft, Bildung einer eigenen Gemeinschaft gegen andere (vgl. das globale Beispiel der 1. und der 3. Welt). Die Folge: Das übergeordnete Interesse ist gestört, die übergeordnete Lebensgrundlage, Umwelt, soziale Sicherheit und Gemeinschaft werden zerstört.

Daraus folgt die Einsicht des falschen Weges und ein neuer Versuch.

Durch Fehler und Einsicht unter neuer Prämisse ergibt sich der Wertewandel. Dazu sind die Überzeugungsarbeit, das moralische Lernen, der Transfer von Wissen und Moral notwendig.

Moralisches, ethisches Wissen, soziales Denken und Verhalten sowie das Grundprinzip, daß alles Planen, Handeln, Produzieren dem Menschen und seiner Umwelt zugute kommen muß, wird an die privaten Kapitaleigner und die Funktionäre des anonymen Wirtschaftssystems vermittelt.

Sodann wird das Bedürfnis aller Bürger, sowohl der Besitzer großer Kapitalmengen als auch derjenigen, die großen Unternehmen nicht unnötige Subventionen zukommen lassen wollen, genannt werden, den Verbleib der Abgaben kontrollieren zu können.

Eine Lösung könnte die direkte kommunale Abgabe sein und die in der föderalistischen Struktur aufsteigende Steuerverteilung; in jedem Fall eine Bürgerbeteiligung und Bürgermitbestimmung in aufsteigender Form.

Geschieht das, werden Ergebnisse und Ziele von Arbeit und Kapital transparent, für gut befunden oder korrigiert. Abgaben und Arbeit werden gern geleistet, da Pflichten und Rechte erkennbar zusammengehören, eine offensichtliche kausale Kette bilden und die persönlichen Rechte und Freiheiten mit den Pflichten steigen.

Pflichten werden gern übernommen, wenn Ziele klar und akzeptiert sind. Betriebe mit erfolgreichem Corporate Identity werden das bestätigen.

Angestellte reden mit im Betrieb, Bürger in der Kommune.

Das erfordert mehr Zeit als autoritäre Strukturen. Zeit ist vorhanden durch Einsatz der Rationalisierungs- und Strukturierungsmöglichkeiten sowie dadurch, daß Arbeit für reinen Kapitalgewinn auf das nötige Minimum verkürzt wird. Arbeit kann also auf andere Ziele verlagert werden. Da diese Ziele größere Befriedigung versprechen, verlangsamt sich Produktion und Konsum.

Dies ist bereits der erste Schritt zur Lösung unserer beiden Hauptprobleme Arbeitslosigkeit und ökologische Grenzen des Wachstums.

Mit unserem Beispiel, wie ein Prozeß auf Grundlage des Primärwertes Mensch funktioniert, haben wir bereits unsere ersten aktuellen öffentlichen Grundprobleme gelöst. Das daraus folgende lautet: öffentlicher Notstand.

Der öffentlichen Hand fehlt es an Kapital. Die drängendsten Entwicklungsbereiche sind der soziale und der ökologische.

Das Problem läßt sich aus sich selbst heraus lösen. Arbeit und Kapital sind vorhanden. Sie brauchen nur eingesetzt zu werden.

Arbeitslosigkeit belastet die öffentliche Hand. Der Einsatz der Arbeitslosen stärkt die öffentliche Hand durch Zahlung von Steuern und Sozialabgaben. Es handelt sich um einen positiven Kreislauf.

Wo setzt man Arbeitslose ein? Im sozialen und ökologischen Bereich, wo sie fehlen. Wer sich einmal in Krankenhäusern, Altenheimen, Kindergärten und Schulen umgesehen hat, weiß, was öffentlicher Notstand heißt.

Wer sich eingehend mit den Forschungsrückständen beschäftigt, vor allem aber mit der Blockade von Entwicklungen, Produktionen und Nutzungen von erneuerbaren Energien und nachhaltigen Wirtschaftens durch entgegengesetzte Interessenverbände, deren Wirtschaftsziel noch immer einseitiges Wachstum und rein materieller Gewinn heißt, sieht, wieviele

Hände und Köpfe hier gebraucht werden. Ich verweise allein auf die dezentralisierte Produktion, Wartung und Aufbereitung.

Die private Wirtschaft und Banken investieren jedoch nicht in Risikounternehmen, wenn auf andere Weise Gewinn sicher und leichter erzielt werden kann. In weiten Kreisen hat sich langfristiges Planen noch nicht durchgesetzt. Noch wird übersehen, daß Betriebe, die auf ökologische Produktion, qualitative, aufbereitbare Produkte umstellen sowie ökologische Standards überbieten, langfristig im Konkurrenzkampf gewinnen, weil sie in der Zeitspanne, bis andere Unternehmen die erforderlichen Standards erreicht haben, bereits so viel Gewinn erwirtschaftet haben, um die spätere Stagnation auszugleichen.

Stattdessen nehmen Unternehmer immer noch oft den Staat in die Pflicht, Unternehmungen durch Subventionen und Steuererleichterungen zu sichern, lehnen damit die eigene Pflicht der Sicherung der von ihrem Handeln abhängigen Existenzen ab und plädieren darüber hinaus für unternehmerische und marktwirtschaftliche Freiheit. Spekulative Risiken mit volkswirtschaftlichen Folgen schrecken sie dagegen nicht ab.

In dreifacher Weise wäre hier Druck durch die Bürger auszuüben, öffentliche Verantwortung zu erfüllen durch Investitionen in Ökologie und im sozialen Sektor sowie Erfüllung der steuerlichen Verpflichtung und Aufklärung, daß Kapitaleigner und Betriebe Mitglieder der Gemeinschaft sind.

Druck auf Staat und Politik ist auszuüben, damit der Staat sich nicht dem Druck des Kapitals beugt, es steuerlich begünstigt, subventioniert, von sozialen und ökologischen Verpflichtungen befreit und der Drohung der Abwanderung oder Entlassung und damit zur erhöhten Belastung der öffentlichen Kassen entgegenzuwirken.

Schließlich ist Druck auf Staat und Politik auszuüben, damit dieser den Fluß der Steuergelder transparent macht, damit Bürger verfolgen können, daß sie tatsächlich für soziale, ökologische und Bildungsziele benutzt werden, die allen zugute kommen, damit die Bereitschaft der Großverdiener steigt, ihr Kapital nutzbringend für die Gemeinschaft einzusetzen.

Hier ist zu sehen, daß Staat und Politik unter doppeltem Druck stehen. Sie können nicht allein die Aufgabe erfüllen, haben nicht allein die Bringschuld. Die Hauptaufgabe an moralischem Druck liegt beim Bürger. Verhält er sich weiter passiv und politikverdrossen, drängt nicht auf Informiertheit und Solidarität, werden seine politischen Führungspersönlichkeiten weiterhin von seiner Unmündigkeit überzeugt

sein, weiterhin annehmen, daß seine Interessen einzig im Wirtschaftswachstum liegen, was auch so bleiben wird, solange nicht andere Ziele als Ideale vorgestellt werden. Weiterhin wird die Politik die Interessen des Kapitals allein vertreten, wenn das Kapital allein seine Interessen laut und engagiert vertritt. Es werden Informationen vorenthalten oder manipuliert und Politik wird *ihre* Vorstellung durchsetzen, wie die Interessen der Bürger zu realisieren sind. Wer sich nicht von Oligarchien beherrschen lassen will, wird sich selbst bemühen müssen.

Hier will einmal niemand an das Geld des Bürgers, sondern an sein moralisches Wissen und seine Bereitschaft zu Denken und zu Handeln.

Diese Wissensvermittlung, diesen Druck übt er auf besagten öffentlichen Foren auf allen Ebenen in offenem Streit mit Wirtschaft und Politik wie innerhalb privater und betrieblicher Gemeinschaft aus.

Mit moralischem Druck kann nicht gemeint sein, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen und Forderungen zu stellen. Die Kunst besteht in der Motivation zur konstruktiven Zusammenarbeit, in der Empathie, sich in den anderen hineinzusetzen, ihm zuzuhören, nicht auf seiner vorgefaßten Meinung zu bestehen, sondern sich weitere Informationen aus anderen Quellen anzuhören, offen zu sein, auch noch gegensätzliche Ansichten anzuhören, die nicht in das bisherige Weltbild passen, noch einmal schweigend nachzudenken, ob nicht das ein oder andere, was gehört worden ist, richtiger ist, und ob man sein bisheriges, vielleicht lebenslanges Handeln nicht etwa revidieren muß.

Ist der erste Schritt des Bewußtmachens der eigenen Interessen, des eigenen Handelns und dessen Folgen sowie das des anderen erfolgt, zeigen sich schnell gemeinsame Interessen und Lösungsansätze. Nach diesem positiven Erlebnis wird es beiden Seiten leichter fallen, sich in sehr strittigen Fragen aufeinander zuzubewegen.

Der Bürger leistet Überzeugungsarbeit und Transfer von moralischen Werten und verlangt Fachwissen und Informationen.

Informierte Bürger, die mit Bürgern in Kommunikation stehen, können besser die Ergebnisse der Politik und Wirtschaft kontrollieren sowie direkt darauf reagieren.

Wirtschaft und Politik transferieren Fachwissen und Informationen, um überzeugen zu können, und tun es offen, sobald sie unter der Erkenntnis handeln: "Ich bin und handle als ein Mensch."

Wie sagte Engels? "Produziert mit Bewußtsein, als Menschen, nicht als zersplitterte Atome ohne Gattungsbewußtsein."

## **Zusammenfassung**

Ausgehend von der Klage über Politikverdrossenheit, Passivität und Orientierungslosigkeit angesichts eines Konglomerats von aktuellen gesellschaftlichen Problemen, wie sie derzeit in Medien, öffentlichen und privaten Diskussionen dargestellt werden, wurde nach Ursachen und Lösungen gesucht.

Was führt zu Politikverdrossenheit, Passivität und Demokratiedefizit?

Die Ursache liegt im Verlust der Wertbindung der Individuen und in ihrer Distanz zur Gemeinschaft.

Woran liegt das?

Am Fehlen eines persönlichen und gemeinsamen Ziels; an der einseitigen Ausrichtung auf Wohlstand und Sicherheit; an der mangelnden Möglichkeit der Bürger, mitzubestimmen, sich einzubringen; ihrer mangelnden Fähigkeit die eigenen Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu gestalten.

Was ist das Gegenteil von Distanz, Passivität und Politikverdrossenheit?

Mitmachen.

Wobei?

In einer Gemeinschaft.

Wie sieht sie aus, damit ich mich mit ihr identifizieren kann?

Sie muß so beschaffen sein, daß ich mitmachen und mitbestimmen darf.

Wie?

Probleme sehen, darüber reden, anderen zuhören, mit anderen streiten.

Was brauche ich dazu?

Fähigkeit und Willen zum Mitmachen. Fachliche und soziale Kompetenz.

Wie bekomme ich die?

Durch Erziehung, Bildung, Information.

Wozu?

Um eine Gemeinschaft und ihre moralischen Werte zu etablieren.

Wozu?

Um die würdige und freie Existenz des Einzelnen zu sichern.

Was sind die grundlegenden moralischen Werte?

1. Im Mittelpunkt des Denkens, Prüfens, Entscheidens und Handelns steht der Mensch und seine Umwelt (kein System, keine anonyme Herrschaft, Hierarchie oder Bürokratie). Er denkt, entscheidet und handelt als sozialer und freier Mensch (nicht als Funktionär).

2. Die Freiheit des einzelnen Menschen reicht bis an die Grenzen der Freiheit des Nächsten.

3. Er darf nicht manipuliert oder beherrscht werden. Seine Würde ist unantastbar.

Wie ist die Gemeinschaft auf der Grundlage dieser Werte aufgebaut?

Föderalistisch statt zentralistisch. Jeder Bürger hat die Freiheit und die Pflicht, sich an ihr zu beteiligen. Anders kann sie nicht langfristig existieren und nachhaltig Existenz sichern.

Warum nicht? Warum sollte ich mitmachen?

Damit nicht andere ihre egoistischen Interessen durchsetzen, damit nicht Zentralismus, Bürokratie, Hierarchie zu Politikverdrossenheit, Distanz und Passivität führen.

Was passiert konkret?

- Bürgerkontrolle, Bürgerinitiative, Bürgermitbestimmung innerhalb der Föderation aus freien Individuen und Gemeinschaften, die sich miteinander sozial verhalten und solidarisch helfen und unterstützen.
- Autonomie der Individuen und jeder Gemeinschaft. Autonomie zur Selbstbestimmung, Gestaltung der Arbeit, Finanzierung, Verteilung. Die Autonomie reicht bis an die Grenzen der Freiheit und Autonomie der angebundenen Gemeinschaften.
- Wertediskussionen
- Vereinfachung oder zumindest Transparenz des Wirtschaftssystems, der Gesetzgebung und des Steuerflusses.
- Moral-, Wissens- und Informations-, Arbeits-, Zeit- und Kapitaltransfer.
- Förderung der Erziehung zum sozialen, freien, selbstverantwortlichen Bürger
- Förderung der fachlichen Bildung
- Förderung des sozialen und des ökologischen Sektors zur Sicherung von Arbeit, Existenz folgender Generationen und ihrer Umwelt, Sicherung der individuellen Freiheit, inneren und äußeren Sicherheit.

Unsolidarisches Verhalten, Demokratiedefizit und Distanz zur Gemeinschaft >> entspringt >> Zentralismus, Hierarchie, Bürokratie >> führt zum >> Zwang der Funktion >> führt zu >> Verlust der Wertbindung und Distanz zur Gemeinschaft >> verstärkt >> Konkurrenz >> führt zu >> unsolidarischem Verhalten >> führt zu >> Wertediskussion >> führt zum >> Wertewandel: Solidarität und Verantwortung >> führt zu und setzt voraus >> Identifikation mit der Gemeinschaft >> führt zur und setzt voraus >> solidarische und demokratische Mitmachgesellschaft >> führt zu und setzt voraus >> Arbeitsverteilung durch Nutzung der Rationalisierungs- und Strukturierungsmöglichkeiten, Umstellung auf ökologisch-ökonomisches Management und Produktion, qualitative Produkte, Dezentralisierung der Produktion, Wartung, Aufbereitung von Materialien und Produkten >> führt zu >> Gewinnmaximierung, Arbeitszeitverkürzung, Stellenausbau im Wartungs-, Dienstleistungs-, sozialen und ökologischen Bereich >> führt zu >> Abbau der Arbeitslosigkeit >> führt zu >> Stärkung der öffentlichen Kassen und zur Stärkung der öffentlichen Aufgaben, Nutzung der freien Zeit zur Beteiligung an öffentlichen Aufgaben der Gemeinschaft, Zeitgewinn

einsetzen in Demokratie, Bürgerarbeit >> führt zu >> Kontrolle des Kapitalflusses, Organisation des sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Sektors >> führt zu und setzt voraus >> Kompetenz-, Wissenserweiterung, Stärkung der Solidarität >> führt zu und setzt voraus >> Demokratie, Bürgerarbeit >> führt zu und setzt voraus >> Solidarität